

## Wie man „vaterlandslos“ wird

Zur Seelenkunde des Militarismus

Von Eduard Bernstein

Die Achtung des Generals v. Deimling durch drei deutsche Offiziersverbände, weil er sich auf den Boden der Republik gestellt und dem deutschen Volk rückhaltlos dargelegt hat, welches Unheil ein neuer Krieg über Deutschland bringen würde, fordert, sich mit der Geistesverfassung, die aus diesem Akt spricht, etwas näher zu befassen. Ist doch diese Geistesverfassung, der Geist des Militarismus, nicht dadurch schon in Deutschland überwunden, daß es kein Militärstaat mehr ist. Man ist fast versucht, das Gegenteil anzunehmen. So intensiv wird dieser Geist in unserm Lande von Parteien kultiviert, die durch irreführende Darstellung der Ursachen von Deutschlands ungünstiger Weltlage einen erheblichen Teil des deutschen Publikums in Bann halten, so anmaßend macht er sich in der Literatur breit. Viel aufdringlicher spielt er sich heute auf, als er dies vor dem Krieg gewagt hätte.

Ein überaus bezeichnendes Beispiel dafür finden wir in dem Dolchstoß-Buch des Professor Coßmann, das, so wenig es für seine These beweist, um so bemerkenswertere Selbstoffenbarungen des heutigen Militarismus darbietet.

Zu ihnen gehört der den Abschluß dieses Buches bildende, „Der letzte Akt“ überschriebene Bericht des Konteradmirals a. D. v. Levetzow über die Heer, Marine und Regierung betreffenden Vorgänge vom Anfang August 1918 bis zum Zusammenbruch des Kaisertums in Deutschland. Besonderes Interesse beanspruchen da seine Mitteilungen über die im Oktober jenes Jahres gepflogenen Verhandlungen zwischen dem Kabinett des Prinzen Max von Baden mit der von der Seekriegsleitung — Admiral Scheer und Stab — unterstützten Obersten Heeresleitung, vor allem Ludendorff. Vom Beginn der zweiten Hälfte des Oktober an stellen sich zwischen der Regierung und diesen Militärs zunehmend stärkere Meinungsverschiedenheiten ein über das Maß der Zugeständnisse, zu denen Deutschland sich behufs Erlangung des von ihm benötigten Waffenstillstandes zu verstehen habe. Die Oberste Heeresleitung, voran Ludendorff, hatte

am 29. September dem deutschen Kaiser die Sachlage so dargestellt, daß dieser, wie es im Bericht heißt, „mit großem Ernst“ erklärte:

„Wir haben den Krieg verloren. Ich hatte gehofft und geglaubt, Gott werde es anders lenken.“

Nun vertrat sie aber die Ansicht, es werde, wenn sie die ihr vom Kriegsminister Scheüch grundsätzlich zugesagten Verstärkungen erhalte, möglich sein, „schlimmstenfalls noch den Winter über durchzuhalten“. Unter dem Eindruck, der, wie der Bericht sagt, in der Kabinettsitzung vom 16. Oktober 1918 von Ludendorff in grandioser Darstellung und in „klassischer Form“ gegebenen Uebersicht über die Lage habe sich diese „weit günstiger“ dargestellt, „als man erwartet hatte“. Beschlüsse im Sinne der Heeresleitung wurden gefaßt. Der Gesamteindruck der Sitzung sei „durchaus würdig und erhehend“ gewesen und habe „für die Zukunft das Beste erhoffen“ lassen. Der Chef des Stabes der Hochseeflotte wurde unterrichtet, daß der U-Bootkrieg „gerettet“ erscheine.

Hinterher sind aber Mitgliedern der Regierung offenbar Bedenken in der Richtung aufgetaucht, ob man sich nicht durch Ludendorffs „grandiose“ Schilderung der Lage etwas zu weit habe hinreißen lassen. Am 18. Oktober richtete gelegentlich eines Vortrags des Admirals Scheer beim Kaiser der Staatssekretär des Auswärtigen, Dr. Solf, an den Chef des Stabes der Seekriegsleitung beiläufig die Frage, ob wohl etwas dagegen einzuwenden sei, daß dem Präsidenten Wilson in der Antwortnote mitgeteilt würde, der U-Bootkrieg werde fortan nur als U-Kreuzerkrieg geführt werden. Die Antwort war eine schroffe Ablehnung. Aber nicht nur die Herren von der Marine verwarfen den Gedanken. Als Solf tags darauf dem Kabinett den Entwurf einer Note an Präsident Wilson vorlegte, worin es hieß, daß der U-Bootkrieg jetzt nach den Grundsätzen des Kreuzerkrieges unter Sicherstellung des Lebens der Nichtkombattanten geführt werde, hatte er fast das ganze Kabinett gegen sich. Als erster bekämpfte ihn der der Fortschrittlichen Volkspartei zugehörige Vizekanzler v. Payer mit großer Schärfe. Der Entwurf bedeute „eine vollkommene Chamade“, indem er das bisherige Verfahren als rechtlos stempelte, der U-Bootkrieg dürfe nicht von vornherein preisgegeben werden. Der ganze Ton der Note entspräche auch nicht der Stimmung im Lande. Im gleichen Sinne äußerte sich nicht minder scharf Staatssekretär Erzberger, der dann den Auftrag erhielt, die Note im Sinne des Admirals Scheer umzuarbeiten, der vorgeschlagen hatte, die Frage des U-Bootkrieges mit der Gewährung des nachgesuchten Waffenstillstandes zu verbinden. Von den Staatssekretären hatte lediglich Scheidemann Solf gegen Scheer beigegeben, wofür er es denn auch im Bericht abbekommt. War Ludendorffs Darlegung das Attribut „grandios“ zuerkannt worden, so wird von ihm gesagt, er habe „in demagogisch gewandter Replik“

votiert, „die das Stellen jeder Bedingung unsererseits als untunlich und verhängnisvoll ablehnte“. Sehr demagogisch, in der Tat.

Indes gewann diese Auffassung schrittweise die Oberhand in der Regierung. Nachdem man unter dem Vorsitz des Reichskanzlers drei erfahrene Botschafter als Gutachter über die Stimmung des Auslands vernommen hatte, schlug schon am Nachmittag des gleichen Tages die Stimmung im Kabinett vollständig — der Bericht sagt, um 180° — um. „Zu Solf und Scheidemann trat jetzt Erzberger, die andern mit seiner Beredsamkeit mitreißend.“

Die führenden Militärs ließen mit ihren Bemühungen nicht nach, die Regierung für ihre Auffassung zu gewinnen. Die Wilson-Note vom 24. Oktober, die vorbehaltlose Annahme der Waffenstillstandsbedingungen forderte, wurde von ihnen als eine Beleidigung hingestellt, auf die eine Abweisung erfolgen müsse, die — so sagt der Bericht — „der Ehre des deutschen Volkes und seiner Wehrmacht zur Genüge Rechnung trüge“. Aber als am 25. Oktober Ludendorff und Hindenburg den Kaiser über den Gegensatz der Auffassungen von Heeresleitung und Seekriegsleitung auf der einen Seite und Regierung auf der andern Seite Vortrag hielten, war ihr Eindruck der, daß auch dieser „sich dem politischen Standpunkt der Regierung angeschlossen zu haben schien“.

Am Abend des gleichen Tages fand dann noch in der Dienstwohnung des Vizekanzlers eine intime Besprechung zwischen diesem — der Kanzler war krank — und den führenden Militärs statt, der auch der Kriegsminister, General Scheüch, beiwohnte. Und nun höre man den Bericht:

„Das Ergebnis war für die Wehrmacht durchaus negativ. Trotz der eindringlichen Ausführungen des Generals Ludendorff, denen der Generalfeldmarschall und Admiral Scheer nachdrücklich zustimmten, war es nicht möglich, Herrn v. Payer davon zu überzeugen, daß die nationale und soldatische Ehre es jetzt gebieterisch von uns fordere, die maßlosen Bedingungen Wilsons zurückzuweisen.“

Der anwesende Kriegsminister griff nicht ein. Als die berufene Mittelsperson zwischen Kriegführung und Politik, mußte erwartet werden, daß er jetzt dem vaterlandslosen Gebaren des Vizekanzlers auf das entschiedenste entgegentrat. General Scheüch hat dies in schicksalsschwerer Stunde unterlassen. Der Feldmarschall und General Ludendorff erklärten, daß die Westfront den Winter über halten werde. Vergebens! Herr v. Payer wollte den Angaben keinen Glauben schenken ... Als im Laufe der Unterhaltung von General Ludendorff das Wort „Soldatenehre“ fiel, erwiderte der Vizekanzler: „Ich kenne keine Soldatenehre, ich bin ein einfacher, schlichter Bürger und Zivilist. Ich sehe nur das hungernde Volk.“

Genug. Wer wissen will, was militaristischer Geist als unterschieden vom militärischen Geist bedeutet, der kann es nicht unmißverständlicher veranschaulicht finden, als in diesem Satzstück. Hier wird das Wort „vaterlandsloses Gebaren“ kühl von einem Manne gebraucht, von dem nicht nur feststeht, daß sein ganzes Leben und Wirken durchaus das eines Patrioten im allgemeinbürgerlichen Be-

griff des Wortes gewesen ist, sondern von dem der Verfasser weiter oben selbst berichtet, wie heftig er noch am 19. Oktober sich gegen die Preisgabe des U-Bootkrieges aufgelehnt hatte. Daß er tausendmal recht hatte, wenn er der Behauptung Ludendorffs, die Westfront werde noch den Winter über „durchhalten“, keinen Glauben schenkte, mag noch ganz dahingestellt bleiben, schließlich stand da Meinung gegen Meinung, und es mögen Leute, denen ich die redliche Gesinnung nicht absprechen mag, wirklich des Glaubens gewesen sein, daß Ludendorffs Meinung die begründetere war. Aber niemand kann bestreiten, daß Payer sich von einer ehrlichen und nicht leichtsinnig gewonnenen Ueberzeugung leiten ließ. Selbst wenn sie irrig war, würde daher das Wort „vaterlandsloses Gebaren“ eine durch nichts zu rechtfertigende Schmähung bedeuten. Im Gegenteil würde Payer an seinem Lande ein Verbrechen begangen haben, wenn er gegen seine bessere Ueberzeugung dem Drängen der Ludendorff und Kollegen nachgegeben hätte. Und es ehrt ihn, daß er sich durch das hineingeworfene Wort „Soldatenehre“ nicht beirren ließ, sondern seine Anwendung als unangebracht schroff abwies. Hier stand das Lebensinteresse der Nation auf dem Spiel, und gegen dies gibt es keine „Soldatenehre“.

Wie wenig Ludendorff das begriff, geht unter anderem daraus hervor, daß er in jenen Tagen immer wieder das Wort „Siegen oder untergehn“ zum besten gab, das ja seine Gläubigen auch heutzutage gern im Munde führen. Es kam ihm nie in den Kopf, daß dies Wort als Parole für ein ganzes Land ein Verbrechen ist. Wenn einer es braucht, wo nur seine Person in Betracht kommt, so mag es noch hingehen, obwohl es auch dann vor einer wahrhaften Ethik in den seltensten Fällen bestehen würde. Ebenso von einer freien Gruppe. Aber ein Land, d. h. ein Volk, kann nicht buchstäblich „untergehn“, es kann nur in maßloses Elend gestürzt werden, und das ist denn auch der wahre Sinn jener schön klingenden und von den meisten gedankenlos nachgeplapperten Parole.

Es hätte in den Herbsttagen 1918 mit einem Wunder zugehen müssen, wenn die durch die furchtbaren Niederlagen in Zersetzung begriffene Westfront auch nur Monate noch hätte durchhalten können, und es gehörte der Wunderglaube eines Glücksspielers dazu, auf diesen dünnen Faden von Möglichkeit hin über ein ganzes Volk das Elend eines verlängerten, im letzten Effekt doch aussichtslos gewordenen Krieges verhängen zu wollen. Aber jemand „vaterlandsloses Gebaren“ vorzuwerfen, weil er sich gegen solchen Wahnsinn aufbäumte, dazu gehört nicht das, was man in unsern Tagen vernünftigerweise soldatische Ehre nennen könnte, sondern ein militaristischer Geist, der das Gegenteil davon ist.

## Das Schicksal der preußischen Verwaltungsreform

Von Paul Hirsch

Die Reform der preußischen Verwaltung, ein Problem, das die Öffentlichkeit innerhalb und außerhalb des Parlaments schon lange vor dem Kriege beschäftigt hat und dessen Lösung die erste Voraussetzung für die Demokratisierung des Staates ist, wird von dem jetzigen Landtage nicht mehr durchgeführt werden. So bedauerlich es ist, daß eine so wichtige Frage immer wieder vertagt wird, so ist es auf der andern Seite doch zu begrüßen, daß das Parlament das Stück- und Flickwerk, das die Regierung ihm als Abschlagszahlung auf die große Reform unterbreitet hat, nicht verabschiedet und statt dessen lieber ganze Arbeit machen, ein Werk aus einem Guß schaffen will.

Der Gesetzentwurf über die Vereinfachung der Verwaltung sieht die Aenderung einer großen Reihe von Paragraphen des Gesetzes über die allgemeine Landesverwaltung, des Zuständigkeitsgesetzes und einiger anderer Gesetze vor, aber so umfangreich er auch äußerlich ist, so gering ist sein innerer Wert. Es handelt sich bei den Reformen im Grunde genommen nur um Kleinigkeiten, die großen Fragen werden so gut wie nicht berührt. Insbesondere bleibt es ungeklärt, ob eine der beiden mittleren Instanzen, Oberpräsident oder Regierungspräsident, und gegebenenfalls welche von beiden, beseitigt werden soll. Die Regierung steht auf dem Standpunkt, daß zurzeit aus zwingenden inneren und äußeren Gründen weder der Regierungspräsident noch der Oberpräsident ganz entbehrt werden kann, daß es aber möglich ist, auf diesem Gebiet insofern Ersparnisse zu erzielen, als der von der unmittelbaren Verwaltungsarbeit entlastete Oberpräsident die Leitung eines Regierungsbezirks übernimmt, wie es der Fall war, bevor die Ausbildung des Oberpräsidenten zur zweiten Instanz einsetzte. Von diesen Erwägungen ausgehend, schlägt sie vor, daß der Oberpräsident an seinem Amtssitz zugleich Regierungspräsident sein soll, ein Vorschlag, durch den einige geringe Ersparnisse erzielt werden, durch den aber am Wesen der Sache kaum etwas geändert wird und das große Problem unberührt bleibt. Es ist deshalb begreiflich, daß der Ausschuß des Landtags diese Lösung verworfen hat. Bei den Mehrheitsverhältnissen ist eine Sinnesänderung auch in einem späteren Stadium der Verhandlungen völlig ausgeschlossen. Das gleiche trifft zu für die meisten andern Fragen grundsätzlicher Art, so daß von dem Regierungsentwurf, wenn er überhaupt noch Gesetzesform erlangt, herzlich wenig übrig bleiben dürfte. Der Minister des Innern hat denn auch selbst bereits erklärt, daß

er auf die Weiterberatung kein Gewicht mehr legt. Das Werk kann also heute bereits als gescheitert angesehen werden.

Dies Schicksal war ihm von vornherein bestimmt. Kaum jemals hat ein Entwurf einer Regierung eine so scharfe Kritik auf allen Seiten erfahren wie der Gesetzentwurf zur Vereinfachung der Verwaltung. Schon der Staatsrat hatte, obwohl er der in der Vorlage enthaltenen vorläufigen Regelung mit gewissen Maßgaben zustimmte, Bedenken dagegen geäußert, daß jetzt eine Teilreform durchgeführt wird, die sich nur auf einen kleinen Abschnitt der Organisation der preußischen inneren Staatsverwaltung erstreckt. Er hätte vielmehr gewünscht, daß das Staatsministerium die alsbaldige einheitliche Reform der gesamten Staats- und Kommunalverwaltung in der Richtung einer weitgehenden Dezentralisation und Dekonzentration in die Wege leitet, weil nach seiner Ansicht nur eine umfassende Neuordnung der Zuständigkeiten, bei der die Aufgaben der Zentralinstanzen, und zwar unter Verringerung der Zahl der Ministerien sowie der Aufgaben der Mittelinstanz wesentlich beschränkt und die Befugnisse der Lokalinstanz und der Selbstverwaltungskörperschaften entsprechend erweitert werden, die Vereinfachung und Verbilligung der Verwaltung zur Folge haben kann, die im Interesse des Staates angestrebt werden muß. Die Durchführung einer verhältnismäßig so geringfügigen Teilreform, wie sie der Entwurf enthält, birgt nach der Äußerung des Staatsrats auch die Gefahr in sich, daß die zu fordernde große und allgemeine Reform auf weitere Zeit vertagt wird.

Aehnlich der preußische Städtetag, dessen Hauptausschuß in seiner Zusammenkunft in Münster am 27. Mai 1924 folgende Entschliebung angenommen hat:

„Der von der Preußischen Regierung ausgearbeitete Gesetzentwurf über die Vereinfachung der Verwaltung läßt erkennen, daß es verfehlt ist, an eine Verwaltungsreform heranzugehen, ohne gleichzeitig das Endziel festzulegen. Der Entwurf wird daher abgelehnt.

Der Hauptausschuß des Preußischen Städtetages hält es für notwendig, daß schleunigst ein Gesetzentwurf ausgearbeitet und verabschiedet wird, der folgenden Hauptgesichtspunkten Rechnung trägt:

1. Grundsätzlich muß die Verwaltungsreform Staat und Selbstverwaltungskörper einheitlich umfassen.
2. Bei dieser Verwaltungsreform muß die Selbstverwaltung weitgehend ausgebaut und den unteren Verwaltungskörpern müssen grundsätzlich alle örtlichen Aufgaben als Selbstverwaltungsangelegenheiten übertragen werden.
3. Die Staatsverwaltung ist in der mittleren Instanz nicht mehr durch Regierungs- und Oberpräsident, sondern ausschließlich durch den Oberpräsidenten auszuüben. Die Regierungen fallen fort.
4. Das Aufsichtsrecht des Staates gegenüber der Selbstverwaltung ist gesetzlich zu regeln. Die Aufsicht muß auf das Recht zur Beanstandung gesetzwidriger Maßnahmen beschränkt werden. Beschwerden über Maßnahmen der Selbstverwaltung sind unter Beschränkung auf Nachprüfung der Rechtmäßigkeit im Verwaltungsstreitverfahren zu entscheiden. An die Stelle der bisher erforder-

lichen Genehmigungen und Bestätigungen muß ein nur im staatlichen Interesse auszuübendes Einspruchsrecht der Aufsichtsbehörde treten. Dabei darf der Grundsatz der gleichmäßigen Behandlung aller Städte, auch der kleineren, in bezug auf die Art der Aufsichtsführung nicht geändert werden.

5. Für das Verwaltungsstreitverfahren sind selbständige Verwaltungsgerichte, getrennt von den Verwaltungsbehörden, zu schaffen.“  
Wir können nach alledem nur mit dem Staatsrat bedauern, daß in dem vorliegenden Gesetzentwurf lediglich ein kleiner Ausschnitt aus der Organisation der inneren Staatsverwaltung zum Gegenstand einer bloßen Teilreform gemacht worden ist. Ueberdies sind die nicht sehr umfangreichen Vereinfachungen des Instanzenzuges, die der Entwurf bringt und die darin gipfeln, daß der Oberpräsident im allgemeinen als zweite Instanz ausgeschaltet und der Provinzialrat beseitigt wird, insofern nicht einmal ganz folgerichtig durchgeführt, als nicht nur das Aufsichtsrecht des Oberpräsidenten über den Regierungspräsidenten in gewissem Umfange bestehen geblieben, sondern durch § 47a des Landesverwaltungsgesetzes den Oberpräsidenten neu die Befugnis zum Erlaß allgemeiner Richtlinien gegenüber den Regierungspräsidenten verliehen und praktisch damit eine zweite Instanz doch wieder eingeführt ist.

Man wird hiernach in der vorliegenden geplanten Regelung nicht mehr sehen können als eine nur vorläufige Regelung einiger Einzelheiten, während die umfassende planmäßige Verwaltungsreform einstweilen als ungelöste Aufgabe der Zukunft verbleibt.

Endlich hat auch eine Konferenz der Landesdirektoren Einspruch erhoben gegen die in der letzten Zeit durch Gesetzgebung und Verwaltung erfolgende Beeinträchtigung der Selbstverwaltung der Gemeinden und Gemeindeverbände, insbesondere der Provinzialverbände. Die Landesdirektorenkonferenz hat die bisher schon von ihr vertretene Ansicht wiederholt, „daß eine starke preußische Staatsregierung unter Ablehnung einer Autonomie der Provinzen unbedingt erforderlich ist. Damit steht aber nicht nur die Erhaltung, sondern eine Fortentwicklung der provinziellen Selbstverwaltung auf den Gebieten, auf denen eine zentrale Verwaltung durch Organe der Staatsregierung nicht erforderlich ist, durchaus im Einklang“. Etwa in derselben Richtung bewegte sich die Kritik des Landtags. Ein Mann wie Hugo Preuß, dessen hervorragende Sachkenntnis wohl von keiner Seite bestritten wird, betonte mit vollem Recht die Notwendigkeit der Vereinfachung der Verwaltung und der Durchführung einer einheitlichen Organisation von unten nach oben durch Stärkung der Selbstverwaltung, und in dem vorbereitenden Ausschuß hat er denn auch folgerichtig einen Gegenentwurf zu dem Entwurf der Regierung eingebracht, der eine organische Reform nach einheitlichen Gesichtspunkten vorsieht. Leider hat auch der Entwurf von Preuß trotz der Unterstützung durch die Sozialdemokraten und die Kommunisten vor den Augen der Mehrheit des Ausschusses keine Gnade gefunden.

Es erübrigt sich, angesichts der geringen Aussichten auf Einzelheiten der Regierungsvorlage und auf die Beratungen im Ausschuß näher einzugehen. Sollen die Arbeiten des Ausschusses

nicht völlig fruchtlos gewesen sein, so bleibt in dem jetzigen Stadium nichts anderes übrig wie die Annahme von Richtlinien, die der Regierung vor Augen führen, in welcher Richtung sich die zukünftige Reform der Verwaltung zu bewegen hat. Von demokratischer Seite ist denn auch ein Entschließungsantrag eingebracht, der die Regierung ersucht, dem neuen Landtage sobald als möglich Gesetzentwürfe vorzulegen, die eine Reform der gesamten Staats- und Kommunalverwaltung in einheitlichem Geiste und nach folgenden Richtlinien zum Ziel haben:

1. Im Zusammenhange mit der Sicherung und Wiederverselbständigung des kommunalen Finanz- und Steuerwesens sind bisher vom Staate verwaltete Angelegenheiten den Kommunalverbänden, in erster Linie als Selbstverwaltungsangelegenheiten, ausnahmsweise auch als Auftragsangelegenheiten, zu übertragen.
2. Zwischen der Zentralverwaltungsinstanz einerseits und den Kreisverwaltungsbehörden andererseits ist nur eine staatliche Behörde als einzige Mittelinstanz zu bestellen.
3. Diese einzige Mittelinstanz ist der Oberpräsident; die Behörde des Regierungspräsidenten ist zu beseitigen.
4. Die staatliche und kommunale Provinzialverwaltung ist in eine möglichst enge Verbindung zu bringen.
5. Die technischen, staatlichen Lokalbehörden sind, soweit sie nicht durch Uebertragung ihrer Aufgaben an die Selbstverwaltung in die Kreiskommunalverwaltung eingereiht werden, in eine engere Verbindung mit dem Landrat zu bringen. Dabei ist die Zusammenlegung kleinerer Landkreise zum Zweck der Bildung leistungsfähiger Kommunalverbände zu erstreben.

Die hier aufgestellten Richtlinien decken sich im wesentlichen mit den Bestrebungen des früheren Staatsministers Dr. Drews, dessen Verdienste um die Reform der inneren Verwaltung Preußens heute leider nicht genügend gewürdigt werden. Es wäre zu wünschen, daß der neue Landtag eine Zusammensetzung aufweist, die entschlossen und fähig ist, mit dem Wust von veralteten Bestimmungen aufzuräumen und eine großzügige Reform durchzuführen, damit die Gedanken der Stein und Hardenberg endlich nach mehr als hundert Jahren verwirklicht werden. Die Sozialdemokratie wird an einem solchen Werke freudig mitarbeiten.

## Rationalisierung der Industriegewirtschaft

Von Dr. R. v. Ungern-Sternberg

In der Inflationszeit bestand für die Industrie absolut keine Veranlassung, über die Wirtschaftlichkeit ihrer Betriebsweise nachzudenken, denn spielend leicht fielen ihr riesige Papiermarkgewinne zu. Das ist heute, wo die Ware wieder den Käufer suchen muß, anders geworden, und es beginnen sich daher wieder Bestrebungen zu regen, die darauf abzielen, eine größere Rationalität in der Industriegewirtschaft durchzuführen.

Als ein Mittelpunkt dieser Bestrebungen ist das „Reichskuratorium für Wirtschaftlichkeit in Industrie und Handwerk“ zu betrachten, das

Mitte 1921 gegründet worden ist und eine Reihe von technisch-wissenschaftlichen Organisationen, wie den „Normenausschuß der deutschen Industrie“, den „Ausschuß für wirtschaftliche Festigung“, die „Arbeitsgemeinschaft deutscher Betriebsingenieure“, den „Hauptausschuß für Wärmewirtschaft“, den „Ausschuß für technisches Schulwesen“ u. a. in sich vereinigt. Ziel aller dieser Veranstaltungen soll neuerdings „die Mobilisierung der Wissenschaft für den industriellen Wettbewerb“ sein — und wer wollte bezweifeln, daß nichts den technischen und wirtschaftlichen Fortschritt mehr fördern kann, als eine praktische Auswertung wissenschaftlicher Errungenschaften. Nur begehen gerade die Kreise, die als Förderer dieses Fortschritts auftreten, den Fehler, daß sie den Begriff der „Wirtschaftlichkeit“ sehr einengen und ihn nur auf das technische und betriebswirtschaftliche Gebiet angewendet wissen wollen, woraus sich ergibt, daß die „Mobilisierung der Wissenschaft“, den Intentionen des Reichskuratoriums nach, sich nur auf die technischen Wissenschaften erstrecken soll. Kennzeichnend für diese absichtliche Einschränkung des Betätigungsgebietes war z. B. auch die Tatsache, daß der stellvertretende Vorsitzende des Kuratoriums in der letzten Sitzung ausdrücklich versicherte, daß die Arbeiten des Kuratoriums „nichts mit Planwirtschaft“ zu tun hätten, woraus zu erkennen ist, wie sehr gewisse Kreise der Industrie selbst den Bestrebungen des Reichskuratoriums ablehnend gegenüberstehen, weil sie die Befürchtung hegen, — diese Erörterungen über „Wirtschaftlichkeit“ müssen über kurz oder lang erneut planwirtschaftliche Gedanken wachrufen. Und sie haben recht, diese fortschrittfreudigen Skeptiker! Wenn überhaupt eine Mobilisierung der Wissenschaften zwecks Stärkung der industriellen Wettbewerbsfähigkeit auf dem Weltmarkt angestrebt wird, so müßte selbstverständlich in erster Linie die Nationalökonomie mobilisiert werden, müßten vor allem wirtschaftsorganisatorische Fragen gelöst werden, — kurz, es wäre darüber zu verhandeln, wie man die menschlichen und sachlichen Produktionskräfte, über die Deutschland verfügt, so organisiert, daß die Warenerzeugung mit den geringsten volkswirtschaftlichen Selbstkosten vor sich gehen kann. Um das durch ein beliebig herausgegriffenes Beispiel zu erläutern: es ist, volkswirtschaftlich betrachtet, ein Unfug, wenn von einigen hundert Papierfabriken fast jede eine ganze Reihe von Papiersorten herstellt. Dadurch wird bewirkt, daß die Preise für eine bestimmte Papiersorte dauernd erheblich über dem Preisniveau liegen müssen, das von einem für die Herstellung der betreffenden Papiersorte bestens geeigneten Werk, bei Aufrechterhaltung einer normalen Rentabilität, zu berechnen wäre. Es ist doch einleuchtend, daß bei einer Spezialisierung der einzelnen Werke eines Industriezweiges auf die Fabrikation einer oder einiger Typen der betreffenden Warengattung, die Herstellung mit sehr viel geringeren Selbstkosten, also viel billiger zu stehen kommen muß, als wenn jedes Werk sich immer wieder auf eine neue Fabrikation umstellen muß. Der gesamte Industriezweig würde also bei einer Spezialisierung nach Werken viel konkurrenzfähiger sein, als wenn die Werke alle miteinander fast alle Sorten und Typen erzeugen.

Nun liegt es auf der Hand, daß eine Auseinandersetzung zwischen den einzelnen Werken und Firmen eines Industriezweiges über die Spezialisierung nur dann mit Erfolg zustandekommen kann, wenn eine Zentralstelle geschaffen wird, in der, außer den Vertretern der betreffenden Industrie, Vertreter der Behörde an leitender Stelle stehen. Ferner können begründete Entscheidungen über Spezialisierung und Umschichtung im Rahmen eines Industriezweiges nur getroffen werden an der Hand einer Gegenüberstellung der Selbstkostenberechnung der einzelnen Werke für ein bestimmtes Erzeugnis. Hier beginnen scheinbar unüberwindliche Schwierigkeiten, so-

lange man auf dem Standpunkt steht, daß auch eine amtliche Stelle keinen Einblick in die sogenannten Geschäftsgeheimnisse, in die Kalkulation haben darf. Es ist aber gar nicht einzusehen, warum die Durchsichtigmachung der Selbstkostenberechnung einer behördlichen Instanz gegenüber eine so unglaubliche Zumutung sein soll, während wir doch alle dem Finanzamt gegenüber, was Einkommen und Vermögen anbelangt, Rede und Antwort stehen müssen!

Meines Erachtens kann es keinem Zweifel unterliegen, daß in Deutschland so eine wirtschaftsorganisatorische Umgestaltung in den meisten Industriezweigen sehr wohl durchführbar ist und der Widerstand kurzsichtiger Interessenten diese Maßnahmen wohl auf gewisse Zeit hinauszögern kann, niemals aber sie endgültig zum Scheitern bringen wird, denn sie liegen auf der Linie der wirtschaftlichen Entwicklung. Ein gut organisiertes und fortschrittlich geleitetes Unternehmen braucht die Oberleitung einer neutralen Instanz auch gar nicht zu fürchten. Seine Anlagen und sein organisatorischer Aufbau werden selbstverständlich unangetastet bleiben, und nur hinsichtlich des Fabrikationsprogramms wird es den Weisungen der Oberleitung zu folgen haben. Dagegen werden rückständige Betriebe allerdings vor die Frage gestellt werden, entweder durch technische und organisatorische Besserungen ihre Selbstkosten dem durchschnittlichen Stande anzugleichen, oder abzubauen und ihre Produktionsquote besser organisierten Werken zu überlassen.

Es wäre übrigens ein Irrtum, wollte man annehmen, daß eine Verständigung über die Klarlegung der Selbstkostenberechnung und Spezialisierung allenthalben auf unüberwindliche Schwierigkeiten stoßen würde. Wenn ein entsprechendes Gesetz bestünde, so würden in den stark zentralisierten, großbetrieblich ausgestalteten Industriezweigen die maßgebenden Firmen sehr bald zu einer Verständigung gelangen, weil ohnehin einer vom anderen recht gut weiß, wie groß die Selbstkosten in den einzelnen Spezialitäten sind und welche Fabrikation jeder Firma besonders gut liegt. Auch die Aufteilung des jeweiligen Produktionsprogramms unter die einzelnen Mitglieder der betreffenden Industrie-gemeinschaft würde vermutlich viel glatter vonstatten gehen, als man vielfach annimmt. Daß durch so eine Zusammenfassung aller maßgebenden Werke eines Industriezweiges zu einem, hinsichtlich der Produktion und des Absatzes, einheitlich geleiteten Gebilde sehr große Ersparnisse erzielt werden können, geht schon daraus hervor, daß bereits gegenwärtig die Privatwirtschaft grundsätzlich, in der Form von horizontaler Konzentration, dieselben organisatorischen Ziele verfolgt. Die ganze skizzierte Umstellung bedeutet im Grunde nichts anderes, als eine Ausgestaltung und Uebertragung von Maßnahmen, wie sie innerhalb eines horizontal gegliederten Konzerns ergriffen werden, auf einen ganzen Industriezweig.

Ist erst einmal ein Industriezweig produktionswirtschaftlich planmäßig durchgebildet, so wird sich die Notwendigkeit, den Absatz gemeinsam zu organisieren, zwangsläufig ergeben. Die gesamte Erzeugung wird an ein gemeinsames Zentrallager abzuliefern sein, das den Vertrieb zu besorgen hat. Welch eine enorme Kostenersparnis hiermit erzielt wird, liegt auf der Hand.

Vom Standpunkt der deutschen Industriewirtschaft, als Ganzes betrachtet, sind diese wirtschaftsorganisatorischen Fragen logischerweise den technischen und betriebswirtschaftlichen Fragen voranzustellen, sie sind ihnen vorgelagert. Und erst nachdem sie eine befriedigende Lösung gefunden haben, werden die Ergebnisse der technischen und betriebswirtschaftlichen Forschung eine praktische Auswirkung in größerem Maßstabe erfahren können. Solange das aber nicht der Fall ist, wird die Privatwirtschaft immer danach trachten, durch Preiserhöhungen und Lohndrückereien, statt durch wirtschaftliche Festigung rentabel zu bleiben.

Auf die gegenwärtige Wirtschaftslage, die durch eine fortschreitende Absatzkrise gekennzeichnet ist, bezogen, ist hinsichtlich des planwirtschaftlichen Gedankens zu sagen, daß seine Verwirklichung in der unmittelbaren Gegenwart insofern unzweckmäßig wäre, als man richtig tut, abzuwarten, bis die Krise sich ausgewirkt hat und alles, was aus der Inflation geboren und nicht lebensfähig ist, von der Bildfläche verschwunden sein wird. Dann aber wird der Zeitpunkt gekommen sein, an die Ordnung der industriellen Zustände in dem Sinne, wie ich das angedeutet habe, unverzüglich heranzugehen.

## Ein deutscher Professor auf dem Kriegspfad

Von Dr. C. Mierendorff

In dem klangreichen Echo, das dem Dawes-Bericht folgte, fiel ob ihres Pathos und der Person ihres Trägers eine Stimme auf, die sich in Kassandratoenen gegen ihn erging. Es handelt sich um Professor Bernhard Harms, Professor der Nationalökonomie und Chef des Instituts für Weltwirtschaft und Seeverkehr an der Kieler Universität. Eine beachtliche Stimme, ein Mann von Rang, dessen Kritik nicht von parteiischem Vorurteil getrübt zu sein schien. „Wird der Dawes-Bericht Wirklichkeit“, so schrieb er, „so stürzt nicht nur Deutschland in neues Unglück, sondern auch der Wiederaufbau Europas wird in weite Ferne gerückt“; schärfer konnte man wohl in der Ablehnung kaum Posto fassen.

Man ist skeptisch geworden bei den Stimmen der deutschen Wissenschaft, denn sie wurden vergeblich erwartet in den Zeiten, da sich die schwierigsten wirtschaftspolitischen Fragen bergehoch türmten. Man durfte um so erstaunter sein, Leute, die sich damals weder in Sachen der Reparationen noch der Währung, noch der Arbeitszeit oder was da sonst war, geregt hatten, plötzlich auf den Plan treten zu sehen, um über das Geschehene schulmeisterlich Zensuren auszuteilen.

Herrn Harms schien es angebracht, sich zunächst mit einer Kritik an der Rentenmark zu versuchen. Er erklärte sie für ungefähr eine Katastrophe. Der Streit um die Rentenmark ist heute eine rein akademische Angelegenheit, gleichgültig, ob sie ein „Wunder“ ist, wie die einen behaupten, oder eine exakte, sozusagen mathematische Angelegenheit ( $2 \text{ mal } 2 = 4$ ), wie die etwas weniger mystisch angewandelten Volkswirtschaftler behaupten — es wird wohl die richtigere Deutung sein —, uns genügt sie, weil mit ihrer Hilfe endlich die Stabilisierung der Währung erreicht wurde.

Gegen beide, Rentenmark und Dawes-Bericht, begab sich Professor Harms auf den Kriegspfad. Er hat der deutschen Wirtschaftswissenschaft damit zu einer schweren Schlappe verholten. Denn was ergab sich bei näherer Prüfung?

Professor Harms schrieb gegen die Rentenmark, um sich sagen zu lassen, daß er z. B. von den österreichischen Preis- und Konjunkturverhältnissen keine Ahnung hatte (der Chef eines Instituts für Weltwirtschaft!). Um zweitens erst im Verlauf der Diskussion sich die grundlegende Kenntnis von der Golddiskontbank zu verschaffen. Und, was der Gipfel war, er zog aus, um die Inflation zu bekämpfen, die er bereits en vogue sah, und kehrte heim mit dem Schlachtruf: Es lebe die Inflation! Nun kann man sich wohl in Details irren — obwohl das auch einem Geheimrat der Wirtschaftswissenschaften nie passieren dürfte —, aber „aus der Studierstube treten und die Alarmglocke läuten“, wie Herr Harms von sich sagt, weil die Rentenmark (an sich!) die „größte Inflation der Weltgeschichte“ ist, um nachher unverfroren „zunächst“ 500 Goldmillionen neuer Zahlungsmittel (nicht Kredite!) zu

fordern und ohne auch nur anzudeuten, aus welcher nichtinflationarischen Quelle sie geschöpft werden sollen; die „Alarmglocke läuten“, weil die Preise steigen, um nachher Maßnahmen zu fordern, daß sie nicht sinken — das dürfte selbst für ein deutsches Publikumsgemüt etwas viel sein.

Dieser Professor, gesegnet mit so viel Konsequenz und Sachverstand, versuchte sich nun an den Dawes-Bericht. Aber er schrieb über ihn, ohne die epochalen Bestimmungen des Transfer, d. h. der Währungsstabilität (als *conditio sine qua non reparationes*) und der Feststellung, daß die Reparationen nur aus dem Ausfuhrüberschuß bezahlt werden können, auch nur mit einem Wort Erwähnung zu tun. Von welcher Sachkunde er aber bei dem Rest seiner Darstellung getragen war, beweist der Umstand, daß seines Wissens die deutsche Handelsbilanz „bekanntlich immer passiv“ gewesen sei. Wo doch zum allgemeinen Skandal längst vom Statistischen Reichsamt hätte festgestellt werden müssen, daß die dort „ermittelten“ Statistiken des deutschen Außenhandels für 1922/23 falsch, wenn nicht gefälscht, waren.

Was soll man zu einer wissenschaftlichen Kritik sagen, die sich auf solchem Boden aufbaut? Doch nicht genug damit: Prof. Harms hat sich sein Urteil über den Bericht am 9. April — wie er selbst ausdrücklich bemerkt —, das heißt, er verdammt den Dawes-Bericht, ohne ihn überhaupt zu kennen!, gebildet. Denn am Abend des 9. April war in ganz Deutschland erst die Hälfte eines Auszuges (!) einer Telegraphenagentur (!) verbreitet. Die Publikation des Wortlautes (in der Uebersetzung) dauerte bis in die letzte Aprilwoche hinein. Was sagt man zu einem solchen Verfahren? Ist das Wissenschaftlichkeit oder sensationslüsterner Tagesjournalismus? Selbst Helfferich, der doch immerhin den Politiker als Entschuldigungsmoment für sich in Anspruch nehmen konnte, wartete mit seiner Stellungnahme bis zum 18. April!

Alle diese Dinge sind Prof. Harms kürzlich in der „Kieler Volkszeitung“ Punkt für Punkt nachgewiesen worden. Glaubt jemand, daß er es bis heute für nötig befunden hätte, sich darob zu rechtfertigen?

Ein deutscher Professor scheint das nicht nötig zu haben. Ein deutscher Professor glaubt sich dazu berechtigt, das deutsche Volk mit Hilfe seiner Autorität (die nebenbei bemerkt, für den Kenner durch und durch brüchig ist) zu einem der verhängnisvollsten Schritte bewegen zu können, ohne für eine solche Frivolität sondergleichen Rede und Antwort zu stehen.

Aber was könnte er schließlich auch antworten?

Man wird aus diesem Fall Harms die Lehre ziehen müssen, und künftig sogenannten wissenschaftlichen Eleboraten mit allem erdenklichen Mißtrauen zu begegnen. Wenn das die Frucht des Aufwandes für Seminare und Lehrstühle ist, den sich das deutsche Volk von seinem Schweiß abringt, entweder gar nicht (wie in der Inflation) oder gar falsch (wie bei Harms) beraten zu werden, sollte es die Ausgaben für diese wirtschaftswissenschaftliche Disziplin besser sparen.

## Die Sozialdemokratie Schwedens

Von Gösta Langenfelt

Für den, der in das Wesen der modernen schwedischen Volksbewegung tiefer eindringen will, als es die landläufige äußerliche bürgerliche Auffassung tut, hat bisher beinahe alles gefehlt. Die Schul- und Universitätsbildung hat wenigstens keinen Einblick in die Voraussetzungen der Arbeiterbewegung gegeben, und das Spezialintention, das in den letzten Jahren an den Universitäten üblich geworden ist, ließ dem Durchschnittstudenten keine Stunde für soziales Denken übrig. Es ist daher eine Freude, diese Lücke durch Gerhard

Magnussons veröffentlichte Arbeit „Die Sozialdemokratie Schwedens“\*) ausgefüllt zu sehen; bisher sind zwei Teile erschienen, die die Zeit bis 1910 behandeln und voraussichtlich mit einem dritten fortgesetzt werden.

August Palm war der erste, der kein „Intellektueller“ war und der Schwedens Arbeitern die Botschaft von der modernen europäischen Arbeiterbewegung brachte. 1881 spricht er zum ersten Male in Malmö und beginnt damit die Agitationsreise seines Lebens. Erst mit Gründung der Zeitung „Social-Demokraten“ am 25. September 1885 — mit armseligen 108 Kronen — fliegen seine Gedanken hinaus zu den Tagelöhnern. Die Sozialdemokratische Vereinigung, die es bereits 1882 in der Hauptstadt gab, verriet eine allzu heterogene soziale Zusammensetzung. Mit Ausnahme der Grundlage zu einer Gewerkschaftsorganisation, die am 30. Dezember 1881 mit einem Gewerkschaftsausschuß in Stockholm gelegt wurde und die sich dann rasch entwickelte, kann man die politische Organisation als Partei erst zu Ostern 1889 ansetzen. Es dauerte also acht Jahre, um einen ersten Vortrupp von Arbeitern zu sammeln. Aber welche ereignisreichen acht langen, schweren Jahre! Die Staatsgewalt hatte nichts dagegen, Märtyrer einer Volksbewegung zu schaffen, und versuchte in jeder Weise, der unangenehmen Bewegung zu Leibe zu gehen. Die Seiten über das Unverständnis, dem die Pioniere der Arbeiterbewegung in diesem Jahre nicht nur von Seiten des Staates, sondern auch von Seiten der Arbeitgeber und Privaten begegneten, gehören zu den dunkelsten unserer sozialen Geschichte.

Schwungkraft und geistigen Spielraum gab dem sozialdemokratischen Durchbruch die Gedankenrichtung, die den verketzerten Namen der „Achtziger Jahre“ trägt, jener Jahre, die im ganzen Norden durch eine allgemeine zielbewußte Radikalisierung der Politik, des Denkens, der Literatur und der Kunst gekennzeichnet waren. Ebensowenig wie jetzt war die Sozialdemokratie damals Agitationsergebnis, sondern entsprach durchaus dem, was die Massen spontan wollten, wofür ihnen jedoch die Form fehlte; aber trotzdem wurde die Bewegung günstig durch den Radikalismus der achtziger Jahre gefördert. Die Diskussionen des liberalen Uppsaler Vereins „Verdandi“ und sein mannhaftes Eintreten für Meinungs- und Redefreiheit waren unter anderem eine kraftvolle Stütze. Dazu kam, daß die sozialdemokratische Bewegung solche glänzenden Führertalente wie Axel Danielsson und Hjalmar Branting mustern konnte. Der erste impulsiv, anfeuernd und wegbereitend wie kein anderer, der letztere scharf unterscheidend, urteilsklar, ruhig und vorausschauend; dadurch erhielt die Bewegung bald eine Höhe, eine Weite und Breite, um die sie von den sozialdemokratischen Bewegungen anderer Länder mit Recht beneidet wurde.

Das also war das Erdreich, die allgemeine Auflockerung des sozialen Gewissens der Nation, aber die Hülle, die Staatsorganisation, verhielt sich noch steinern abwartend. Erst 1896 gelangte nach den allgemeinen Wahlen der erste Sozialdemokrat in den Reichstag, dem bei der Jahrhundertwende drei weitere Genossen folgten. Die Anzahl der Wahlberechtigten betrug 1872 nur 5,6 Proz. der ganzen Volksmenge und 22 Proz. aller mündigen Männer. Man sieht ohne weiteres ein, weshalb die Stimmrechtsforderung — die einzige Forderung auf den Fahnen des 1. Mai — den Arbeitern so wichtig war. Doch war bereits vor Aenderung der Volksvertretungsform auf einer sogenannten freisinnigen Versammlung in Örebro 1850 „ein Antrag auf ein Wahlgesetz und eine neue Reichstagsordnung“ angenommen worden, „die das Wahlrecht für jeden Mann über 21 Jahre und jeden im Kreise ein Jahr angessenen enthielt“.

\*) Gerhard Magnusson, Socialdemokratierna i Sverige. I. II. P. A. Norstedt & Söners Förlag, Stockholm.

Der Erweiterung und Gründung der Partei 1889 war eine innere Mission in Schrift und Rede vorausgegangen. Besonders bedeutungsvoll wurde für Südschweden die Leistung des jungen Stilkünstlers und weit-sichtigen Politikers Axel Danielsson in „Arbetet“, welche Zeitung in Malmö 1887 gegründet wurde. Sein Parteiprogramm war es auch, das 1897 angenommen wurde. Früher hatte die schwedische Sozialdemokratie sich nach dem deutschen Gothaer Programm von 1875 gerichtet, aber als dieses in seinem eigenen Lande modernisiert und durch das Erfurter Programm ersetzt wurde, formulierten die Schweden im Vorsommer 1897 ihr eigenes: ein Aktenstück von großer politischer Tiefe, das seine Dauerhaftigkeit in den wechselnden Umwälzungen und Kämpfen der Jahre bewies.

Die behördliche „Anklagewut“, wie das damalige Schlagwort lautete, legte sich gegenüber den sozialdemokratischen Führern keinen Zwang auf; die Anzahl der verhängten Gefängnisstrafen und Bußen erreichte eine schwindelnde Ziffer an Monaten und Kronen, und viele Männer der Bewegung verloren ihre Gesundheit während der wiederholten Haftverbüßungen oder mußten vor der Zeit fort.

Die Gewerkschaftsbewegung machte raschere Fortschritte als die politische. Bereits 1886 war der erste Gewerkschaftskongreß abgehalten worden, dem weitere schnell folgten. Der örtlichen Gewerkschaftsbewegung und später den großen Berufsverbänden über ganz Schweden fehlte doch eine einheitliche Zentralorganisation und erst 1898 wurde die „Landesorganisation Schwedens“ gegründet. Aber es besteht kein Zweifel, daß die politische Organisation ihre Kraft aus der gewerkschaftlichen schöpfte, und in jedem Falle wurde nach Einführung der Maikundgebungen 1890 der erste Mai der einheitliche Versammlungstag für Politiker und Gewerkschaftler. Der Normalarbeitstag, der noch leidenschaftlich diskutiert wurde, stand vom allerersten Anfang an auf dem Programm.

Die neunziger Jahre wurden vor allem durch mangelhaft vorbereitete und schlecht durchgeführte Streiks beeinträchtigt, die nur die wirtschaftliche Kraft der Arbeiter schwächten und einer der jüngeren Begabungen der Partei, Thorsson aus Ystad, trat dieser Verschwendung von Zeit und Geld auch kräftig entgegen. Das erste Jahrzehnt des 20. Jahrhunderts wurde seinerseits durch schwere Aussperrungen gekennzeichnet. So bezahlte die Landesorganisation 1903 Unterstützungen von 3 500 000 Kronen, von denen die Aussperrungen drei Viertel, die Streiks nur eins verschlang. 1904/1905 waren gleich; im letzteren Jahre wurden 2 200 000 Kronen an Aussperrungsunterstützungen und nur 600 000 Kronen an Streikbeiträgen ausgezahlt. Man darf auch nicht vergessen, daß der Generalstreik im Jahre 1909 nichts anderes war als die Antwort auf die Aussperrung der Arbeitgeber, eine Tatsache, die allerdings immer mehr in den Hintergrund geraten ist.

Ein besonders interessantes Kapitel betrifft die Jugendbewegung. Die sozialistischen Jünglingskreise der neunziger Jahre entarteten um die Mitte des Jahrzehntes zu Intelligenz-aristokratischen Arbeiterklubs, wo man mit den größten philosophischen und literarischen Namen der Geschichte um sich warf. Allmählich trat eine Wendung ein und hieraus entstand 1897 eine Jugendbewegung, die die sozialistische, nicht die sozialdemokratische genannt wurde. Auf diesem Herd der Jugend begann der stets an den Grenzen des Sozialismus umhertaumelnde Quasipolitiker H i n k e B e r g r e g r e n seine anarchistischen Mordchentheorien zu schmieden, die nicht das mindeste mit Sozialdemokratie zu schaffen hatten oder haben. Auch nach einer Trennung 1903 setzte der Jungsozialismus seine Wirksamkeit innerhalb der Partei fort, bis die Herren 1906 resolut an die Luft befördert wurden. Eine Schilderung, wie die neue Jugendbewe-

gung gegen die verantwortliche Parteileitung zu frondieren versuchte, gehört der Zeit nach 1910 an.

Das Hauptergebnis der zweiten Periode (1900—1910) ist der Generalstreik von 1909. Schon früher hatte man einen Generalstreik versucht, der jedoch politischer Färbung war, und zwar im Jahre 1902, als man für einige Tage die Arbeit vollständig niederlegte, um mit Nachdruck für eine Reform in der Stimmrechtsfrage einzutreten. 1909 dagegen war es die spontane Antwort auf den Druck von seiten der Arbeitgeber. Die Solidarität und der Opferwille, die man damals in den Reihen der Arbeiter verspürte, die Kaltblütigkeit und die Besonnenheit, die ihr Auftreten in diesem monatelangen Kampf kennzeichnete, wurde auch von der schwedischen Presse ohne Rücksicht auf ihren Standpunkt und noch mehr von der des Auslandes anerkannt.

In diesem Zeitraum spielt auch der sozialdemokratische Studentenverein in Uppsala „Laboremus“ eine hervorragende Rolle, und eine Reihe späterer sozialdemokratischer Politiker u. a. Rickard Sandler, Anders Oerne und Arthur Engberg sind aus dieser Schule hervorgegangen. Diese ober-schwedische Fabian Society konnte ihre aktive Stärke nicht immer auf gleicher Höhe halten und nach einer Blüteperiode in den letzten Vorkriegsjahren und den darauf folgenden ist sie auf das Niveau eines lokalen Diskussionsklubs herabgesunken. Die Schonensche Universität Lund hat auch eine ähnliche Organisation gehabt, deren hervorragendste Namen die des Professors Bengt Lidforss, des früheren Justizministers Oesten Undén und des Reichstagsabgeordneten Ernst Wigforss sein dürften.

Der letzte Zeitraum in der Geschichte der schwedischen Arbeiterbewegung, die Periode von 1910—1920 wird zum größten Teil von einer fortschreitenden Zersplitterung gekennzeichnet, die von der sogenannten Stormklocke-Gruppe ausging; diese stützte sich auf die sozialdemokratische Jugendbewegung, der die alten Führer nicht genügend „radikal“ waren und die in ihrem Organ „Stormklockan“ offen oder verkappt gegen ein gewerkschaftliches und politisches Papsttum hetzten. Nach einer gefährlich langen Nachsichtigkeit von seiten des Parteivorstandes kam es auf dem Parteikongreß 1917 zur Spaltung, auf dem die Heißsporne sofort eine linkssozialistische Partei organisierten und in den russischen Führern der Kommunistenrevolution von 1917 ihre Seelenverwandten fanden, um schließlich ganz von der Internationale der Bolschewisten aufgenommen zu werden. Auf einen Machtspruch von Moskau her 1920 sonderte sich eine Gruppe ab, nachdem sie ein unsicheres Dasein geführt hatte, und ging im Jahre 1923 von neuem in die große sozialdemokratische Partei auf. Bereits 1917 nahmen jedoch die parteitreuen Mitglieder des Jugendklubs eine neue Jugendbewegung auf, die im Anfang nach ihrem Mittelpunkt die Eskilstuna-Bewegung genannt wurde, und diese gewinnt in den Reihen der Arbeiter-Jugendbewegung andauernd an Boden.

Der Krieg hatte auch innerhalb der alten Partei eine Scheidung verursacht, indem sich die wesentlich größere Mehrheit Brantings Parole gegen die Hohenzollern, den hungrigen Imperialismus und die Demokratiefeindlichkeit des offiziellen Deutschlands anschloß, während eine Minderheit mehr oder weniger offen ihre Sympathie für die „germanischen“ Stammesgenossen bekannte, ja sogar die Teilnahme am Kriege auf Deutschlands Seiten predigte. Jetzt darf wohl gesagt werden, daß der Ausschluß, der damals gegen drei deutschgesinnte sozialdemokratische Theoretiker verhängt wurde, genau genommen, weder mit dem Parteiprogramm noch mit marxistischen Lehren begründet werden konnte.

Eine Streitfrage des ganzen Zeitraumes, des Ministersozialismus, d. h. in wie weit es zweckmäßig sei, daß Sozialdemokraten am Beratungstische des Königs Platz nähmen, erhielt nunmehr eine prak-



tische Lösung. Im Oktober 1917 traten nämlich vier Sozialdemokraten als Mitglieder in ein liberal-sozialistisches Koalitionskabinet ein. Damit erhielt die sozialdemokratische Partei Gelegenheit zur Regierungsverantwortung, und dies brachte für die ganze kommende Entwicklung sehr bedeutende Konsequenzen mit sich. Man kann sagen, daß die Partei aus der unfruchtbaren Opposition herauskam, die oft die sozialdemokratische Politik unserer Tage auszeichnet, und positive Aufgaben in der Staatskunst zu übernehmen begann; die Entwicklung ging weiter nach Sprengung der Koalition 1920, als unter Brantings Leitung ein ganzes sozialdemokratisches Kabinet gebildet wurde. Allerdings ging dies nach den Wahlen im selben Herbst ab, gelangte aber nach einem Jahre wieder zur Macht. Im Frühjahr v. J. stürzte es über seine Politik in der Arbeitslosenfrage; wird aber von neuem jetzt um die Macht kämpfen.

Die sozialdemokratische Partei war auch im Anfang des Zeitraumes 1910—1920 im Reichstag ziemlich schlecht vertreten, während die Liberalen bei der Wahl im Jahre 1911 mit einer überraschenden Mehrheit hervorgingen. Bereits 1914, nach der bekannten Einmischung des Königs in die Verteidigungspolitik des liberalen Ministeriums mit darauffolgender Reichstagsauflösung, war der Reichstag mehr als zur Hälfte rot und seitdem hat die Partei ihre Stellung als die größte des Reichstags behalten.

## Die Tragödie Nittis

Von Victor Schiff

Francesco Nitti: „Die Tragödie Europas — und Amerika?“ — Frankfurter Societätsdruckerei, G. m. b. H., Abt. Buchverlag, Frankfurt a. M.

Es ist dies nun das dritte Werk, das der frühere italienische Ministerpräsident seit seinem Sturze im Winter 1922 hat erscheinen lassen und in dem er an den politischen und wirtschaftlichen Verhältnissen Europas, so wie sie der Weltkrieg hinterlassen und die Friedensdiktate von 1919 verschlimmert haben, unerbittliche Kritik übt. Es ist allerdings nicht zu leugnen, daß nur sein erstes Buch „Europa senza pace“ („Das friedlose Europa“) wirklich sensationell gewirkt hat. Das lag eben daran, daß zur Zeit seines Erscheinens der Verfasser noch ein verhältnismäßig frisch gestürztes Regierungshaupt war, das wenige Monate vorher in der höchsten Instanz der Alliierten Sitz und Stimme besessen hatte und von dem man annehmen konnte, er würde bald wieder von seinem Volke berufen werden, einen entscheidenden Einfluß auf die Geschicke Europas auszuüben.

Außerdem erregten die Anklagen und Enthüllungen dieses ersten Buches damals um so größeres Aufsehen, als die übrigen Regierungen und Völker noch weit mehr als heute in der Atmosphäre und in den Gedankengängen der ersten Nachkriegszeit befangen waren: eine englische Arbeiterregierung erschien damals noch als ein ferner Traum, an eine Beseitigung der französischen Mehrheit des Nationalen Blocks war damals nicht zu denken — und so leuchteten die Warnungen und Bekenntnisse Francesco Nittis wie ein erster Hoffnungsschimmer in dunkler Nacht.

Aber schon das Erscheinen des zweiten Nittischen Buches („Der Niedergang Europas. Die Wege zum Wiederaufbau“) erregte dieses ungeheure Interesse nicht mehr: die siegreiche Welle des Fascismus hatte den tatsächlichen Einfluß Nittis in seinem eigenen Lande wesentlich zurückgedrängt, an seine Wiederkehr an die Macht war vorläufig nicht zu denken, zumal das Mussolini-Regime unerschütterlich schien. Andererseits aber waren die Ideen, die Nitti in seinen Büchern entwickelt hatte,

inzwischen in immer weitere Kreise der Weltmeinung gedrungen. Der ebenfalls gestürzte Ministerpräsident Lloyd George begann ähnliche Gedankengänge publizistisch zu verbreiten. Und schließlich, wenn wir uns nicht täuschen, war dieses zweite Buch im wesentlichen nur eine Sammlung bereits erschienener Zeitungsansätze.

Alle diese Gründe tragen nun dazu bei, das Interesse der Öffentlichkeit auch und erst recht für das dritte Buch Nittis zu vermindern, das soeben auch in deutscher Uebersetzung erschienen ist: „Die Tragödie Europas — und Amerika?“

Inhalt und Zweck dieses Buches sind bereits in dem Titel deutlich zum Ausdruck gebracht. Nitti geht von dem politischen und wirtschaftlichen Chaos aus, das die Ruhrbesetzung in Europa geschaffen hat, und versucht vor allem, die öffentliche Meinung Amerikas aufzuklären und aufzurütteln, sie an ihre Pflicht zu ermahnen, wieder aktiv in Europa einzugreifen, um dessen Kultur und Wohlstandsreste zu retten, nachdem es in so entscheidender Form im Weltkriege eingegriffen, sich aber später unter Hinterlassung eines moralischen und materiellen Trümmerhaufens von dem „Irrenhaus“ wieder zurückgezogen hat.

Die Anklagen, die Nitti speziell gegen Poincaré und seine Ruhrpolitik erhebt, sind von unerbittlicher Schärfe. Er spart weder mit Superlativen noch mit Verbalinjuriern. Aus der leidenschaftlichen, zum Teil vielleicht übertriebenen Wucht seiner Angriffe gegen Frankreich entnimmt man die Absicht, auf das amerikanische Lesepublikum, für das diese Schrift hauptsächlich bestimmt ist, mit denselben psychologischen Mitteln einzuwirken, die die Entente-Propaganda während des Krieges jenseits des Ozeans mit so großem Erfolg betrieben hat. Für europäische, insbesondere politisch geschulte Leser ist der Ton des Buches vielleicht etwas zu derb und sein Inhalt sogar zuweilen oberflächlich.

Hinter dieser schäumenden Leidenschaft verbirgt sich aber die Tragödie einer gepeinigten Seele: die Bücher Nittis entspringen letzten Endes nur den Gewissensqualen eines Staatsmannes, der sich selbst während des Krieges mit aller Hingabe einer Sache gewidmet hatte, an deren Gerechtigkeit er glaubte, von deren Erfolg er einen Fortschritt der Menschheit erwartete, und der nun schauernd erkennt, wohin dieser Erfolg geführt hat. Trägt er auch nicht einen unmittelbaren Anteil an diesem moralischen Schiffbruch der Siegermächte, so fühlt er sich offenbar als ehemaliger Entente-Minister mitverantwortlich für die Tragödie Europas. Und so wie nach ihm Lloyd George in seinen bekannten Zeitungsartikeln sein Gewissen befreien wollte, so empfand der ungleich weniger belastete Nitti den inneren, unwiderstehlichen Drang, der Welt — vor allem der Neuen Welt — die Sünden der siegesberauschten Entente zu beichten.

Vielleicht ist Nittis Zweck insofern erreicht worden, als der Umschwung in der öffentlichen Meinung Amerikas, der sich soeben auf der Londoner Konferenz durch Wiederbeteiligung an den europäischen Angelegenheiten manifestiert hat, möglicherweise zum Teil seinen aufrüttelnden Aufsätzen zu verdanken. Die deutsche Uebersetzung seiner „Tragödie Europas“ kommt aber, das muß offen ausgesprochen werden, zu mindest inaktuell, um nicht zu sagen inopportun. Er selbst scheint dies empfunden zu haben, als er in einem Nachwort auf den Umschwung hinwies, den die französischen Wahlen gebracht haben. Vielleicht hätte Nitti selbst der Drucklegung dieser deutschen Uebersetzung widerraten, wenn er das Ergebnis der Londoner Konferenz mit ihren sicheren Aussichten auf Ruhrräumung und Wiederherstellung des wirtschaftlichen und politischen Friedens Europas gekannt hätte. Denn jetzt gilt es für europäische denkende Menschen — und zu denen ist Francesco Nitti in erster Linie zu zählen —, abzuwiegeln und nicht dem Zorn und der Leidenschaft, mögen sie noch so berechtigt sein, freien Lauf zu lassen.

Allein in dieser Unzeitgemäßheit des Nittischen Buches liegt ein Stück Drama. Dieser Schrittmacher des Friedens wird durch die Ereignisse überholt. Er selbst lebt als Flüchtling im Auslande, sein Einfluß im eigenen Lande hat nicht einmal mehr genügt, um ihn vor den fascistischen Mörderbanden zu schützen. Allerdings scheint es auch in Mussolinien zu dämmern. Vielleicht ist der Tag nicht mehr fern, wo dieser aufrechte bürgerliche Demokrat und Friedensfreund seine kluge Ideen wieder als aktiver italienischer Staatsmann in die Tat wird umsetzen können, neben Herriot und MacDonald, für die er jedenfalls ein viel würdigerer und genehmerer Partner wäre als Mussolini.

Daß es überhaupt zu einer so langen und verhängnisvollen Unterbrechung dieser nützlichen Tätigkeit kam, die Nitti im Interesse Europas entfalten wollte, ist ein Kapitel für sich, das hier mit einigen Worten berührt werden muß. Nitti ist seinerzeit durch die italienische Sozialistenpartei gestürzt worden, die damals unter dem unheilvollen bolschewisierenden Einfluß Serratis stand. Er ist jener einfältigen Theorie geopfert worden, daß das Bürgertum eine „einzige reaktionäre Masse“ sei. Auch als er im Frühjahr und Sommer 1922 von den breiten demokratischen Massen des italienischen Volkes als der Führer wieder in den Sattel gehoben werden sollte, der allein der wachsenden Flut des Fascismus Einhalt gebieten konnte, ist seine Rückkehr zur Macht an der Weigerung Serratis, ihn zu unterstützen, gescheitert. Nittis Sturz und die Verhinderung seiner Wiederkehr, das war die einzige positive Leistung der — ach so revolutionären — italienischen Partei, als sie noch unter Serratis doktrinärer Führung stand. Und dann kam der Fascismus.

Es gibt aber auch bei uns Serratianer, die aus der Geschichte nicht lernen wollen und für die das Bürgertum eine „einzige reaktionäre Masse“ ist, die Kommunisten hingegen nur irregeleitete Klassenbrüder sind.

Die Tragödie Nittis ist nicht nur ein Stück der Tragödie der italienischen Arbeiterklasse — sie ist auch ein Stück der Tragödie Europas!

## Hugo Breitner

Von Bruno Frei

Von einem hohen Beamten des Berliner Zentralwohnungsamtes wurde ich einmal gefragt: wie kommt es, daß die Wiener wieder Häuser bauen können, während wir in Berlin an den Wohnhausbau nicht einmal denken können. Ich antwortete: Breitner.

Dieser Name würde ausreichen, um ein Dutzend ähnlicher Fragen zu beantworten. Warum mußten die Berliner städtischen Unternehmungen verselbständigt werden — und die Wiener nicht? Warum kostet eine Straßenbahnfahrt in Berlin 15 Pfennig — in Wien nur 10? Warum gibt es in Wien Geld für Schulreform, für Kinderheime, für die Verbesserung der Straßenbeleuchtung, für Volksgesundheit, Volksunterricht und Volkswohlfahrt? Die Antwort auf diese Fragen lautet: Breitner.

Wer ist Hugo Breitner? Der sozialdemokratische Finanzreferent der Gemeinde Wien. Sein Name wird geschichtlich werden. Er ist der erste sozialdemokratische Finanzminister, der Gelegenheit hatte, schöpferische, positive, aufbauende Arbeit zu leisten — und diese ohne Kompromisse, ohne Pakeleien, ohne Kuhhandel. Sondern mit Talent.

Einen Verrat hat Stadtrat Hugo Breitner begangen: Er war Bankdirektor und hat die Welt der Bankdirektoren verraten, um nichts

dafür einzutauschen als die Freundschaft der Arbeiter. Er war Fleisch vom Fleisch des Kapitalismus. Darin liegt die wichtigste Wurzel seiner Erfolge. Er kennt die Schliche und Drehs der Geschäftsleute. Er verwaltet die Geschäfte des Stadtstaates Wien — denn Wien ist nach der neuen Verfassung ein Bundesstaat für sich — wie ein auf seinen Profit eifersüchtiger Bankherr seine Geschäfte. Er kennt sich aus. Er behandelt die Herren der Großbanken, die Herausgeber der großen Zeitungen, die Fabrikdirektoren und Nachtlokalbesitzer, wie man sie überall behandeln mußte, aber wie sie kein Bürokrat der Welt je zu behandeln wagte. Die Steuerhoheit des Landes Wien gibt ihm die Möglichkeit dazu. Zum erstenmal wird hier eine Finanzpolitik betrieben, die von dem Grundsatz beeelet ist: die Besitzenden müssen zahlen, damit die Bedürfnisse der Allgemeinheit befriedigt werden. Die Reichen, die es so herrlich verstehen, sich vor der Steuerpflicht dem Staate gegenüber zu drücken, müssen dem Breitner ihren Tribut zahlen. Da gibt es kein Entrinnen. Eine Hausgehilfin kostet Steuer, ein Auto kostet Steuer, ein Hund kostet Steuer, Inserate, Bankgeschäfte, Luxuslokale, Trinken, Tanzen — der ganze Bequemlichkeits- und Vergnügungsbetrieb unseres lieben Bürgers, die Bedienung seines hochheiligen Bauches, wird von Breitner kontrolliert. Von Rothschilds Haushalt wird erzählt, daß der Antrag gestellt wurde, ein Güterauto von der Automobilsteuer zu befreien, da für das zahlreiche Personal ein Lebensmitteltransportauto unentbehrlich sei... Das Auto wurde freigegeben — aber gleichzeitig die Hausgesindesteuer der Familie Rothschild von Amts wegen überprüft und entsprechend erhöht. Mir ist der Fall eines Fachzeitungsherausgebers bekannt, der wegen der Bemessung der Inseratenabgabe unzufrieden war. Er wollte „sich's richten“. Er schrieb an „Genossen Breitner“ und gab sich als Parteimitglied aus. Freudestrahlend erzählte er eines Tages es habe gewirkt, Breitner habe ihn schon rufen lassen. — Später stellte sich heraus, daß der gute Mann alle Ursache hatte, über diese Unterredung nichts verlauten zu lassen. Breitner wusch ihm, als angeblichen Parteigenossen, mit einer so gründlichen Offenheit den Kopf — wie es eben unter Parteigenossen, nicht aber unter Zeitungsherausgebern üblich ist — so daß dieser sich beeilte, der ungemütlichen Verwechslung zu entinnen.

Wie arbeitet Breitner? Reisende des Klosterneuburger Lokalzuges erzählen, daß jeden Tag knapp vor Abfahrt des Zuges ein Mann mit einer großen Tasche gelaufen kommt, sich in eine Ecke drückt, ungeheure Aktenpakete ausbreitet und die 12 Minuten Fahrt bis zur Ankunft im Franz-Josefs-Bahnhof intensiv arbeitet. Dieser Mann ist Breitner, der draußen in Weidling ein Häuschen besitzt. So führt Hugo Breitner auf seinen Knien im rollenden Eisenbahnzug die Korrespondenz einer Millionenstadt. Er beantwortet jeden Brief persönlich und erledigt jede Beschwerde selbst. Daher kommt es, daß noch nie ein Angriff gegen ihn gelungen ist, trotz dem begreiflichen Haß, trotz Verleumdung und Verfolgungswut der schwer getroffenen Bourgeoisie.

Breitner hat ein einfaches Mittel, die Bevölkerung aufzuklären: er teilt mit, daß für die vielen Milliarden Lustbarkeitsabgabe, die dieses oder jenes Theater zahlen mußte, das neue Volksbad in Favoriten erbaut, oder, daß für die Millionen Hausgehilfenabgabe des Baron Reizes die Rathaus-turmuhre erneuert wurde. Dagegen ist nichts zu sagen.

Zwei Zwecksteuern ermöglichen die soziale Fürsorge und den Wohnungsbau: die Fürsorgeabgabe, die jeder glückliche Betriebsbesitzer, und die Wohnbauabgabe, die jeder glückliche Wohnungsbesitzer entrichten muß. Selbstverständlich um so mehr, je glücklicher er ist.

Ueber Mangel an Feinden kann sich Breitner nicht beklagen. Sie möchten ihn am liebsten aufhängen und zur Sicherheit gleichzeitig ver-

brennen. Er ist ein lebendiger Kronzeuge dafür, daß sie Fälscher, Heuchler und Schwindler sind und daß man auch — nein, daß man nur — sozialistisch verwalten kann. Er beteiligt die Gemeinde an Aktiengesellschaften. Bei ihm ist alles teuer für die Reichen und billig für die Armen. Er ist im landläufigen Sinne ungerecht — weil er in höherem Sinne gerecht ist. Ist nicht die „Objektivität“, die alles mit dem gleichen Maßstab mißt, ungerecht? Breitner ist dem Bürgertum ein Greuel. Man dichtet ihm, dem gütigen und bescheidenen Freund aller Bedrängten, Grausamkeit und Sadismus an. Man findet, daß er die sozialdemokratische Partei mit Gemeindegeld ausfüttere, daß er 30 000 Agitatoren aushalte. Sie wissen nicht, daß die Zahl seiner freiwilligen Agitatoren Millionen beträgt.

Ein führender Politiker einer der oppositionellen Parteien des Gemeinderates erklärte mir: es werde nichts anderes übrig bleiben, als den Zimmermann (den Generalkommissar des Völkerbundes) auf Breitner zu hetzen. Wenn die Gemeinde soviel Geld habe, dann müsse sie dem Staate zu seiner Sanierung helfen. Schon wetzen sie den Dolch, um den verhaßten Arbeiterführer unschädlich zu machen. Vor kurzem wurde in Wien folgendes Scherzbild sehr belacht: Bimpfl trifft seinen Freund Dimpfl splitternackt aus dem Rathaus kommend. Sonderbare Marken kleben auf seinen allerwertesten Vorder- und Hinterteilen. Entsetzt erkundigt sich Bimpfl nach dem Unglück seines Freundes. Worauf Dimpfl zu jammern anfängt: „Der Breitner, na selbstverständlich; jetzt hat er mi net nur splitternackt ausgezogen, sondern auch's Wasser und's Gas abgesperrt ...“

Der Rathaussadist Breitner hat ein gütiges Herz für die Leidenden. Ich besuchte vor einiger Zeit in Lussingrande (Italien) das Seehospiz der Gemeinde Wien für lungengefährdete Kinder. Der Verwalter erzählte: Das Haus war verfallen, schon seit 1914 nicht bewirtschaftet. Vorher hausten Nonnen dort und erzogen die armen Kinder zu Augenverdrehen und Hallelujabeten. Im Gemeinderat wurde der Antrag gestellt, das Heim wieder in Betrieb zu nehmen und es zu einem modernen Erholungsheim zu gestalten. Breitner sagte: Für kranke Proletarienkinder haben wir immer Geld. Hunderte todgeweihte Kinder wurden dort seither gesund gemacht.

Weich gegen die Fürsorgebedürftigen und unerbittlich gegen die Pflichtvergessenen, so ist Breitner zum Gewissen der Stadt geworden. Die Arbeiter Wiens sind stolz auf ihren Führer, von dem manche auswärtigen und ausländischen Genossen vieles lernen könnten.

## Die Kraftsparwohnung

Von Paul Westheim

Bruno Taut hat die Gewohnheit, ab und zu einen Einfall zu haben. Obzwar er's als Architekt gar nicht nötig hätte. Aber scheinbar kann er's nicht lassen, trotz der Ungelegenheiten, die er noch jedesmal davon hatte. Mal muß es ihm passieren, daß er von Scheerbart oder sonstwem hört, der Mensch der Zukunft werde nur noch im Glashaussitzen, und schon hat er sich (wie andere im Glas) am Glase berauscht. Dann meint er, es ginge nicht mehr anders, die Städte müßten mit „Wahrzeichen“, mit „Stadtkronen“ versehen werden, wobei er sich wohl selbst zum Stadtkronisten bereitgefunden hätte. Eines schönen Tags erfindet er das Luftschloß, stellt sich um auf Sterndom und Kristallpyramide. Und eines noch schöneren Tages kommt er darauf, daß man Fassaden zur Abwechslung mal wieder bunt anstreichen könnte, was, hastdunichtgesehen,

„Aufruf zum farbigen Bauen“, Propaganda für ein Hausanstreichen en gros und mit Methode zur Folge hatte. Wie's bei ihm nun mal so ist, immer gleich „Bewegung“, „Kulturform“ oder, auf gut berlinisch: Fimmel. Erst der Glasfimmel, dann der Farbfimmel, und jetzt ...

Jetzt also hat er wieder mal seinen Einfall gehabt. Der, um es gleich zu sagen, viel ausgefallener hätte sein können. Er hat sogar mancherlei für sich, weshalb in den letzten 25 Jahren diverse andere: Lichtwerk, Schultze-Naumburg, Muthesius, die Werkbund-, die Kunstwart-, die Dürerbundleute ihn auch schon gehabt haben. Taut hat nämlich rausgefunden, daß wir in unsern Wohnungen viel zu viel unnützen Kram rumstehen hätten, der bloß Arbeit und Aerger mache und überdies zu 75 Prozent geschmacklos sei. Davon sei die Wohnung zu säubern, wodurch sie erstens mehr „den Raum als solchen zur Geltung bringe“, zweitens überhaupt schöner werde, drittens weniger Kummer mache, sechstens und letztens eine großartige Möglichkeit zur Bewirtschaftung im Taylorsystem abgebe. Rabiät, wie er gleich wird, möchte er am liebsten das ganze Haus gleich zum Fenster rausschmeißen. Alles, was als Sitz-, Schlaf-, Koch- und Eßgelegenheit für den Bewohnungszweck nicht unbedingt erforderlich, was nicht niet- und nagelfest ist, muß, wie's in dem Buch heißt, das er aus dem Einfall gemacht hat („Die neue Wohnung — Die Frau als Schöpferin“; Leipzig, Klinkhardt & Biermann), raus oder soll, soweit's nicht ganz unabkömmlich ist, in Wand-schränke verstaubt werden. Das Ideal ist, wenn man will, die expressonistische Bühnendekoration: leerer Raum mit nichts. Große, lichte Schlafzimmer? Unsinn, sagt der Taut „die Kabinen der Dampfer und der Schlafwagen sprechen schon dagegen“. Selbst das Bild (das in die „Bilderkiste“ kommt), sogar die Tapete an der Wand, alles, was gewissermaßen betriebswirtschaftlich sich nicht rentiert, ist unnütz und deshalb dieser Puristerei zu viel. So, in dem Stil, wird die ganze Wohnung kultiviert, bis der Gipfel: die Stimmung „der Dynamo- und Schalthalle des Kraftwerkes“ auch innerhalb der häuslichen vier Pfähle erreicht ist. Und wenn wir erst so weit sind, wenn die ganze Wohnung in Wand-schränken untergebracht ist und gar nichts mehr rumsteht, dann — gib'ts auch nichts mehr zum Abstauben. Dieses Staubwischen vor allem will Taut aus der Welt reformieren. Nicht weil er für verstaubte Wohnung wäre, vielmehr, weil er Kräfte, schöpferische Kräfte der Frau freimachen will. Energien, darin muß man ihm unbedingt beipflichten, die bislang mit dieser Staubwischerei vergeudet wurden, werden nun frei, für andere, höhere Zwecke frei. Es ist in der Tat die Befreiung der Frau — wenigstens vom Staubwischen.

Immerhin, Zweck ist wohl nicht der eigentliche Lebenszweck. Trotz Taylor benimmt sich der Mensch häufig noch so hahnebüchen zwecklos, daß die Götter selbst vergebens dagegen kämpfen. Man weiß, der Zweck der Ehe ist das Kind. Nun soll es noch immer — sogar in dieser fortgeschrittenen Zeit noch! — vorkommen, daß sozusagen auch ohne diesen ausgesprochenen Zweck die Ehe konsumiert wird. Es kommt wirklich vor. Gelegentlich mal. Obzwar es nicht zu entschuldigen und auch nicht recht einzusehen ist, warum die Leute sich den Umstand machen. Der richtige Zweckmensch, dem so was in die praktische Vernunft nicht rein will, wird dazu bloß sagen: unnötige Bemühung ... Und er hat ja auch recht, das wahre Taylorsystem ist das gewiß noch nicht.

Einer meiner Bekannten hat in seiner Wohnung einen der drei chinesischen Lohans, die Perzynsky s. Zt. in China auf der „Jagd nach Göttern“, wie sagt man doch gleich?, gefangen hat. Was er eigentlich damit

macht, da er als Frankfurter Kaufmann Buddhas doch nicht anbetet, weiß man nicht recht. Ich vermute, er wird sich den großen Keramik-Buddha zuweilen ansehen. Was freilich einen besonderen Zweck auch nicht hätte. Vielleicht, nehmen wir's der Einfachheit halber mal an, hat auch er einen Fimmel: statt sich schöpferisch zu betätigen, die Wohnung aufzuräumen, an die Rationalisierung seines vermutlich nicht kleinen Haushalts zu denken, macht's ihm Spaß, den Lohan anzugucken. Ihn jeweils nach Gebrauch in die von Taut propagierte „Bilderkiste“ zu verstauen, hat er als zu beschwerlich aufgegeben. Sonst hätte er sich einen kleinen Hebekran zulegen müssen, was immerhin beigetragen hätte, seiner Wohnung etwas mehr von der Stimmung der Kraftwerk-, Dynamo- und Schalthalle zu geben. Aber das Abstauben dieser dreiviertel Meter hohen Statue? Nun, wie ich den Mann kenne, würde er, um seinen Lohan zu bewirtschaften, wenn's eine Frau allein nicht schafft, auch noch eine zweite dazu heiraten.

Vor 15 Jahren ist bei Kühtmann in Dresden so ein meschuggenes Buch: „Die Kunst des Schmückens“, erschienen, in dem zwei Leute aus Sachsen, ein Herr Knoll und ein Dr. Reuther, sich vor allem „das Zweckgebilde Frauenkleid“ vornahmen. Und da fanden sie denn bei einer recht weitgehenden Untersuchung, die sie bis zur „unorganisch geschmückten Leibwäsche“ führte, daß — wie sogar durch farbige Abbildungen belegt wird — die Mode in Sachsen unendlich organischer ist als die aus der Rue de la Paix. Da, in Paris, soll's noch Hüte geben — wie zweckwidrig und widerwärtig! — mit „Bändern, die nichts binden, und Schließen, die nichts schließen“. Aber auch sonst hatten sie so mancherlei Zweckwidriges auf dem Herzen. Zum Beispiel das Denkmal Augusts des Starken, der, wie sie behaupten, auf einem Postament sitzt, das nicht nur schlecht gestaltet ist, sondern auch den eigentlichen Zweck des Denkmals: besagten August von vorn und hinten kennen zu lernen, vereitele. Auch mit Michelangelo haben sie nicht viel im Sinn. Weil er nämlich die Deckengemälde der Sixtina an — die Decke gemalt hat. Deckengemälde, sagen sie, seien überhaupt sinnlos: „Wie lächerlich würde man sich machen, wollte man etwa ein Kunstblatt (womit nicht meine Zeitschrift gemeint ist) an der Decke seines Zimmers anheften.“ Außerdem sei es „eine Rücksichtslosigkeit gegen den Beschauer“, woran „auch die Tatsache nichts ändert, daß selbst ein Michelangelo eine seiner größten Schöpfungen der Nachwelt in so verfehelter räumlicher Anlage hinterlassen hat“. Na ja, hätte Michelangelo s. Zt. an die Herren Knoll und Reuther aus Dresden gedacht, so hätte er, wovon ich fest überzeugt bin, sich die ganze Mühe nicht gemacht. Taut, unnötig es zu sagen, ist nicht Knoll und ist nicht Reuther; er ist nicht nur gegen die Deckengemälde an der Decke, sondern, wie gesagt, auch gegen die Bilder an der Wand. Erstens wiederum wegen des Staubwischens, zweitens wegen des Raumzurgelungsversuchs erwiesen sei, daß von jeder künstlerischen Darstellung, auch von Reproduktionen, ganz bestimmte differenzierte Strömungen ausgehen“. Gewiß, wenn man manchmal so mitansehen muß, was bei den Leuten so rumhängt, möchte man schon mit Taut die Wände hochgehen und nicht nur in die Bilderkiste verbannen, sondern gleich kurz und klein schlagen. Vielleicht ist das der Koller, der durch jene „differenzierten Strömungen“ erregt wird. Es scheint zwar, daß manche Menschen — ich kenne eine ganze Menge — mit Wonne geradezu in solchen differenzierten Strömungen schwelgen. Mag sein, daß das ein Laster ist, wie Zigarettenrauchen etwa, von dem ja auch wissenschaftlich feststeht, daß es Lunge und Geldbeutel ruiniert und das man trotzdem nicht läßt. Aber .... so ist der Mensch.

Nichts für ungut, mein lieber Taut, mir scheint überhaupt, Sie reformieren an der Hauptsache vorbei. Das Störendste an der Wohnung ist am Ende der Bewohner. Braucht der auch weniger abgestaubt zu werden, so macht er doch am meisten Wirtschaft, unnütze Wirtschaft. Schmeißen Sie ihn vor allem zum Fenster raus! Meinetwegen auch, da Sie so sehr für Bauen und Umbauen sind, fangen Sie damit an, ihn umzubauen. Haben wir erst den homme machine, an dem bloß der Schalthebel anzudrehen ist und der nach Bedarf des Architekten funktioniert, so geht's vielleicht auch ohne Ihre neue Kraftsparwohnung. Und es wäre schon recht human, wenn Sie sie ersparen könnten. Von Kaserne haben wir einstweilen noch genug. — — Nochmals: nichts für ungut, bis zum, so Gott will, nächsten Einfall.

## Vor zehn Jahren

Von Oskar Maurus Fontana

### I.

#### Präsentierungskommission.

In der Nacht heulen die Schiffe, der Klagelaut der Sirenen wirft sich durch die burgartig ansteigenden Häuser der Stadt. Am Tage bricht der Ruf in die dicke Schwüle. Immer kommen jetzt Schiffe, sogar die großen Lloydampfer, die sonst den Kriegshafen mieden, und sind schwarz von Menschen, Männern. Keine Frau ist darunter. Alle Dampfer kommen von Norden. Nur einer schleppt sich von Süden herauf — ein unheimlich trauriger Anblick. Er ist leer, auf dem Verdeck irren ein paar Menschen umher, ratlos. Ein Mann im hellen Sommeranzug lehnt sich an die Brüstung, eine Frau in lichten Kleidern steht neben ihm. Sie haben die Gesichter des Nordens und blicken fremd auf das Gewühl des Molo. Die Augen der Frau sind glanzlos und leer. Ich habe die Empfindung, als ich sie da oben stehen sehe, es ist die letzte Frau, es ist die Frau, die vor den Männern, die vor den Soldaten, die vor dem Kriege flüchtet.

Männer ringsum. Auf dem Marktplatz, wo sonst nur kleine beladene Esel in sanfter Melancholie trabten, knattern nun Automobile, hier nie zuvor gehörte, ja Auto-Omnibusse, und schütten ihre Last von Männern, von Einrückenden aus. Alle die Männer lärmen, alle die Männer singen. Das Theater ist zum Quartier der neuen Soldaten geworden. Auf dem Platze sammeln sich Fuhrwerke, die kleinen Karren der Dalmatiner, Tag für Tag, immer mehr. Eines Tages rollen sie weg, zu Mittag, langsam, ein Wagen hinter dem andern. Etwas vom Etappentrainzug Mostar steht auf kleinen Täfelchen jedem unter dem Wagenende. Junge Bur-schen sind die Kutscher. Die Stadt steht bei der Abfahrt. Wagen hinter Wagen verschwindet langsam auf der Bergstraße. In einer halben Stunde ist auf dem großen Platz nur mehr verschüttetes Stroh und Pferdemist. Mir ist, als sei die Stadt, als sei das Land plötzlich ärmer geworden. Und ich kann es nicht wegtun, mir ist, als sähe ich, wie das Land aus tausend und tausend Quellen sprudelnd sich in das blutige Becken des Krieges ergießt.

Durch den Zufall der deutschen Sprache bin ich bei der Präsentierungskommission eingeteilt. Wir stehen im Freien bei der Kirche um einen Tisch mit verschiedenen Protokollen. Zu uns kommen die Männer, die einrücken. Sie reichen ihr Militärbuch — was es alles gibt, denke ich mir. Hinten ist eine Karte, ich reiße sie los, ich lese, ich rufe die Nummer der Kompanie, die auf diesem tückischen Papier eingezeichnet ist

und zu der der Mann gehört. Augenblicklich stürzt sich ein Unteroffizier auf ihn und zieht ihn zu seiner Gruppe. Der Zivilist ist Soldat geworden, eingereiht in den Trupp der andern. Hat der wartende Unteroffizier genug Leute beisammen, marschiert er mit ihnen zur Unterkunft, wo sie bekleidet werden. Ich aber rufe weiter, immer weiter: „1. Ersatzkompagnie, 5. Feldkompagnie, 2. Feldkompagnie.“ Immer so. Ich sehe die Augen der Männer vor mir, merkwürdige, bittende, abschiednehmende, fragende Augen, ich höre ihr Lispeln, ihr Stammeln, sie nennen die geheimsten Leiden ihrer Körper, in der Hoffnung auf Rettung, andere sind in Bauernschlauheit von ihren südlichen Heimatdörfern tagelang bis nach Sebeniko gereist, zu einem andern Regiment, müssen nun wieder zurückfahren, aber sie gewinnen Zeit, mittlerweile ist der erste Transport ins Feld abgegangen. Die meisten kommen stumm, stumpf, getrieben, ich fange ihren letzten Blick auf, ich empfangen ihre letzten Worte, die aus dem Bürgertum, aus der Gesicherheit ihres Lebens kommen. Ich bin der erste Militarist, der ihnen im Krieg nahekommt, ich tauche sie ein in die große Flut, ich bin verdammt, das Schicksal für viele Hundert zu werden. Ich, ich? Wo ist mein Ich? Wenn es zu sich kommt in den paar Augenblicken, möchte es die Hände vor die Augen tun.

Dann klettern wir auf die Tische, auf die Sessel. Drüben auf der Strafe marschiert der erste Landsturm, den wir sehen, schweigend, entschlossen. Er hat Gewehre bekommen und trägt sie noch ohne Riemen über die Schultern gelehnt. Was wir sehen, ist Legende, ist Sage. Landsturm — das war vor ein paar Tagen Vorzeit, nie wieder Kommandes. Nun gehen die Männer, die Frauen und Kinder haben und auf dem Kamm des Lebens schreiten, mit Gewehren. Ein ungeheurer Anblick. Eben geht die Sonne unter. Sie marschieren gegen die untergehende Sonne. Von ihr geht ein roter Schein aus, der die Gesichter und Gewehre der Landstürmer wie mit Blut überschüttet. Und daß die Natur auch in diesem Augenblick ein Spiel spielt, ist beklemmend, beunruhigend.

Bajonette blinken auf Gewehren. Eine Patrouille bringt vor den kommandierenden Oberleutnant drei Eingerückte, die sich grün und blau geschlagen haben, ganz verschollen und verbeult aussehen. Alle drei sind keine Dalmatiner, alle drei haben den Krieg zuviel mit Wein gefeiert. Der eine ist ein Wiener, die beiden andern sind Tschechen. Der Wiener begann selbstverständlich mit den Tschechen zu krakeelen — er hat auch jetzt noch ein großes Maul —, und schließlich balgten und schlugen sie einander, unter dem Vergnügen der Einheimischen. Auch die Dalmatiner, die sie vorführen, strahlen über das ganze Gesicht, grinsen vor Schadenfreude; Oesterreich, Völkerverbrüderung im Krieg.

Transporte gehen ins Feld, zum Meer, zu den Dampfern. Musik begleitet sie und mischt durch ihre Geschwätzigkeit etwas Verlogenes in die stumme Bereitschaft der marschierenden Männer. Der Train verläßt die Stadt. Vorn ein Oberleutnant meiner Kompagnie, wächtern das Antlitz, und dann Pferde, Pferde, immer wieder hochbepackte Pferde, denn wir sind eine Gebirgstruppe und haben darum keine Wagen. Die Marine führt ihre Leute in breiten, die ganze Straße ausfüllenden Reihen zu ihrer Präsentierungskommission und von dort wieder ans Meer, wo die zu Matrosen gewordenen Zivilisten zu den Kriegsschiffen gebracht werden. Ich stehe des Abends am Meer und sehe zu, wie sie in die Boote springen, singend, lachend, jubelnd. Ich entdecke den Kantineur aus der Kaserne in Zara unter ihnen. Er winkt zu mir hinauf. Das Boot stößt vom Ufer. Immer neue Massen bringen die Marinesoldaten, vorne einer, rechts und links einer, hinten einer, alle mit aufgepflanzten Bajonetten, alle in der knabenhaft abenteuerlichen Tracht der auf Festland kriegsbereiten Matrosen.

Der Korso ist voll von Männern, Gerüchte schwirren umher. Die bekannten Gesichter der Provinzstadt verschwinden in dem ungeheuren Strom der fremden neuen Offiziere, Soldaten. Zu Hause lege ich mich in mein Bett, nehme ein Buch, lese, fühle die Kissen und denke: Wie lange noch? Am Tage rufe ich: „2. Ersatzkompagnie — 8. Feldkompagnie — 3. Feldkompagnie.“ Immer so.

Es regnet. Wir müssen in die Kirche, die Protokolle könnten naß werden. Ihnen gilt das Dach. Menschen werden Soldaten. Das Geschäft geht auch in den geweihten Räumen gut. Da entdeckt der Oberleutnant einen Mann auf einem Kofferchen. Er hat hohle Wangen, seine Lippen sind weiß, seine Augen verschwommen. Was ist mit ihm? Ja, er ist aus Steiermark, ist irgendein Wagner, arbeitete in Dalmatien des guten Klimas wegen, da er lungenkrank ist. Nun muß er nach Hause zum Militär. Er kann nicht mehr weiter. Die lange Fahrt auf überfüllten Dampfern und Eisenbahnen, die schlechte Luft der Zusammengepreßten, auf der Bahn hat er bereits einen Blutsturz gehabt. Er ist fertig, er kann nicht weiter. Der Oberleutnant sieht es ein, versucht, was er kann, um dem Kranken die nutzlose Reise zu ersparen. Es geht nicht, er gehört nicht zu unserm Ergänzungsbezirkskommando, er muß in die Heimat, diese Ruine, dieses Wrack von einem Menschen muß zu seinem Ergänzungsbezirkskommando, dieser Sterbende. Da höre ich sie zum erstenmal laut, die Maschine des Krieges, sie rollt und rollt und packt und schlingt und reißt und rollt. Niemand kann ihren Schwung mehr aufhalten. Der Oberleutnant zuckt bedauernd die Achseln. Ich blicke gequält empor und sehe, der Mann hockt unter dem Gekreuzigten auf seinem schwarzen Rekrutenkoffer. In meinen Ohren ist das entsetzliche Dröhnen der rollenden Maschine. Abendliche Schwermut war bisher in mir, nun ist das Grauen, das Gewürgtsein, die Klage, ein Mensch zu sein, Ohnmacht und Verzweiflung. Gellend höre ich es in mir schreien, mich um und um werfend, schreien wie Irrsinnige, wie Verbrennende: „Es ist Krieg! Es ist Krieg!“

## II.

## Fahrt ins Feld.

Das hat gut begonnen. Meine Hausfrau hat mir in der letzten Stunde, da ich das Zimmer für einen Augenblick verließ, das Geld gestohlen. Meine Feldflasche entkorkte sich im Brotsack und tropfte ihren Inhalt — gelben, guten Wein — auf Taschentücher, Hemden und Strümpfe, die jetzt fade und säuerlich riechen. Vom Schiff fiel mir, als ich auf der längs der Reeling führenden Bank, müde von der auf Ufersteinen verschlafenen Nacht, etwas einnickte, die Kappe ins Meer, und bis der Fischer am Ufer begriff, worum es sich handle, und eine Latte herbeigeht hatte, war die Kappe schon ins Meer hinausgeschwommen, wie ein dunkles Entlein.

Endlich fahren wir, lassen die schlafende Stadt, fahren in den Morgen hinein. Wir haben einen Marine-Offizier an Bord, der uns durch die Minen leitet. Wir haben auch Geiseln an Bord, drei Bürger Sebenicos, die für den Transport haften. Wie sie das sollen, verstehe ich nicht. Sie sitzen apathisch im Salon da. Der Landsturmoberleutnant, der die Eskorte befiehlt, lehnt in der Nähe. Seine Augen sind noch etwas verwundert und kommen aus einem sanften, leisen Leben. Uebri-gens sind wir alle arg verschlafen.

Das Schiff fährt sicher. Inseln tauchen auf, die zusammengeduckten dalmatinischen Städte, um einen Glockenturm geschart, fliegen fern an uns vorbei. Ihre Häuser steigen auf Hügel, scheinen ins Meer zu waten und haben seltsame, getönte Farben.

Der Marine-Offizier verläßt uns. Er steigt über eine Leiter in eine schaukelnde Schaluppe. Ein Torpedoboot nimmt ihn und sie weiter drüben auf. Dann wendet sich unser Dampfer und fährt weiter. Wir wissen, wir sind aus dem Minenfeld und atmen ein wenig leichter. Schönes Meer, nicht mehr birgst du Tücke und Haß, wir dürfen über dich wieder wie Freunde schauen.

Ungeheure nackte Berge, kegelförmig, urweltlich, steigen auf. Zerissener Stein hebt sich hochmütig über der Weichheit des Meeres. Auf einem Kamm eine verfallene Ruine aus Piratenzeiten her. Städte, Inseln, Dörfer. Wir gleiten vorbei. Stunde um Stunde. Und das Auge hängt sich trotzig, sehnsüchtig und verbissen an den entblößten, verarmten Stein. Er steht. Anderes ist auch uns nicht, als so zu stehen, in dem was kommt.

In der ersten Kajüte. Der Hauptmann sitzt da. Seine Augen gehen nach innen, er sieht sich hinein, er hört sich in sich hinein, der ganze Mensch ist nach innen gefallen. Ueber der verschütteten Güte und der gestockten Leidenschaft, die in dem braunen Soldatengesicht lebt, brennt nun ein unsichtbares großes Feuer und beschattet dunkel und trübe dieses Angesicht. Anfang August 1914, und wir wissen, wohin wir fahren, und wissen es nicht. Es ist August 1914, und wir spüren die Sonne und das Meer. Aber die Jahre, die vorher gingen, stehen vor uns und starren uns an und haben mit einem Male so entsetzlich wenig Sinne. Und die Jahre, die nachher kommen sollen? Da stockt das Herz schon. Nachher? Sonne und Meer. Gegenwart. Nichts anderes. Wir sitzen so da, der Hauptmann, seine Oberleutnants und Leutnants und Kadetten und wir paar Einjährige. Wir sitzen so, daß wir einander qualvoll in die Augen schauen müssen. So wollen es die roten Samtbänke der ersten Kajüte. Aber keiner spricht ein Wort, Stunde um Stunde. Draußen wittert fern der nackte Stein. Wir biegen in einen rauschenden Strom ein. Was ist das? Welche Freude kommt in uns, welche unvergeßbare Freude! Die Steine sind fort. Liebliche Uferlandschaften zeigen strotzende Fülle, Bäume sind allenthalben, freundliche, offene Häuser, das fette, feuchte Land atmet Fruchtbarkeit. Langsam fahren wir durch die Herrlichkeit. Wir alle stehen an die Brüstung gedrängt und schauen mit aufgerissenen Augen. Das uns noch einmal, die wir abgeschlossen hatten und uns in den Stein verbissen hatten! In den Aeckern, die die grünen Hügel weit hinauf gehen, arbeiten Bauern und Mädchen. Sie grüßen uns schreiend. Wir schreien wieder. Oben entdecken wir in Bauernhöfen Soldaten, unsere Soldaten, sie tragen unsere Blusen und Wadenstutzen, müssen dalmatinische Landstürmer sein, die bei Gendarmerieposten eingeteilt sind. Wir sehen, wie sie dreschen, wie ihre Flegel durch die Luft niederfallen. Als sie uns im Schiff entdecken, lassen sie ab, schwingen grüßend die Dreschflegel, reißen die Kappen von den Köpfen und rufen. Jauchzend grüßen auch wir sie. Wieviel Glück ist in uns! Ist das der Krieg? Aber dann sitzen wir in offenen Wagen der schmalspurigen bosnischen Bahn und fahren schütternd durch den Abend und die Nacht. Die seltsamen asketischen Landschaften der Herzegowina kasteien sich vor uns. Wir blicken auf sie müde und doch bewegt.

In Mostar trifft uns noch fremder Orient, Zusammenströmen aller Völker der Monarchie als Soldaten. Sitzen in einem Park, Müßigsein in einem europäischen Kaffeehaus, Träumerei in einem türkischen Garten, lächelnd-spöttischer Mädchenblick, geschenkt den bepackt in Reih' und Glied zum Bahnhof Schreitenden. Und dann fahren wir wieder durch die Nacht. Auf einmal winden sich verschlungene Berge, unberührtster Schönheit voll, riesige Wälder rauschen und begnaden den, der sie lange entbehrte, Weideflächen prangen in einem milden Grün. Du schönes Land, immer wieder: Du schönes Land! Erst als die Sonne kommt,

merkt man, wie verdickt die Poren sind, wie einem Schmutz anklebt, wie wüst es im Kopf hämmert und trommelt. Und wir fahren und fahren. Soldatenzüge rollen an uns vorbei, rattern und rattern, vollbesetzt, singend und stumm, Züge, die zu gleichem Ziele rollen, Züge, die dorthin fahren, woher wir kommen, auch sie mit Soldaten besetzt. Wir sehen ihnen nach. Auch sie in den Krieg? Wir ließen die Landschaften noch im Frieden. Ist überall Krieg? Ueberall Krieg?! Jäh trifft uns ein kalter Morgenwind. ...

## WIRTSCHAFTLICHER RUNDBLICK

### Morgan, die Sphinx der Welt

Die Reparationsverhandlungen in London erhielten ein eigentümliches Gepräge durch die Tatsache, daß über den Verhandlungen ein geheimnisvolles Etwas schwebte, daß eine Macht hinter den Kulissen saß, die zwar unsichtbar, aber desto bestimmter die Verhandlungen leitete. Und wenn die Beratungen an einen toten Punkt gelangten oder die Alliierten sich auf harte Forderungen versteift hatten, startete man nach den Herren der unsichtbaren Macht, von ihnen erhoffte man die Lösung des unentwirrbaren Knäuels verstrickter Fragen. Die Könige des Finanzkapitals, unter denen das Bankhaus Morgan zweifellos die bedeutendste Macht repräsentierte, waren es, in deren Händen die unsichtbaren Fäden ruhten. Souverän ließen diese Fürsten von Geldsacks Gnaden ihre Macht spielen. Wußten sie doch, daß keiner der vertretenen Staatsmänner ihnen etwas anhaben oder ihre Hilfe entbehren konnte. Thomas Lamont, einer der Hauptvertreter des Bankhauses Morgan, saß, ein heimlicher Diktator, im Hydepark-Hotel und war über alle Phasen der Verhandlungen orientiert.

Die Macht des Hauses Morgan in der Weltpolitik unserer Tage erinnert an die Rolle, die die Rothschilds Jahrzehnte hindurch gespielt haben. Von den Kontinentalkriegen Napoleons bis an die Jahrhundertwende wurden keine Kriege oder internationale Händel irgendwelcher Art ausgetragen, ohne daß nicht die Rothschilds dahinter standen oder ihre Sanktion dazu erteilt hatten. Wie einige Jahrhunderte früher die Fugger und die Welser, waren sie in der Lage, mißliebige Regierungsmänner abzusetzen oder die Politik vieler Staaten in irgendeiner Weise zu beeinflussen. Immerhin erstreckte sich die Macht der Rothschilds nur auf den kleinsten Erdteil, Europa, wenn auch Europa den damaligen Mittelpunkt der Welt bildete. Gemäß der Entwicklung der Vereinigten Staaten zum Nervenzentrum der ganzen Welt, kennt auch die Macht des Hauses Morgan keine Grenzen. In der verblichenen Macht Rothschilds sehen wir das Spiegelbild der alten Welt, Morgan ist das Charakteristikum der neuen Epoche, des zur höchsten Blüte entwickelten internationalen Kapitalismus.

John Pierpont Morgan, der Allgewaltige der neuen Weltmacht, ist 56 Jahre alt. Sein Vater, der Begründer des Hauses, starb ein Jahr vor Ausbruch des Krieges. Der alte Morgan hatte den Grundstock seines nicht zu schätzenden Vermögens im amerikanischen Bürgerkrieg gelegt. Kriege haben schon immer für die Konzentration des Kapitals wie ein warmer Regen gewirkt. In den letzten Jahrzehnten seines Lebens bekundete der Alte lebhaftes Interesse für Kunst und Wissenschaft, für die er große Geldsummen springen ließ. Der Sohn hatte für derlei Dinge kein Interesse, er widmete sich vollständig seinen Geschäften. Macht und Reichtum war seine Devise! Wenn auch die amerikanischen Kapitalisten für die europäischen Geschehnisse

nicht allzuviel Interesse bekunden, so kann man Morgan ein gewisses Maß von Kenntnissen der europäischen Wirtschaft nicht absprechen. Er begann seine Laufbahn in London, wo er das väterliche Zweiggeschäft zu leiten hatte.

Der amerikanische Bürgerkrieg war der Ausgangspunkt der Macht des alten Morgan, der Weltkrieg bildete das Sprungbrett für die Weltmacht des Sohnes. Morgan war das Bankhaus der Entente im Kriege. Nicht nur von den Heeren Fochs, sondern nicht minder durch die Geldmacht Morgans wurde der Krieg gewonnen. Was war der kleine Havensstein gegen den großen Morgan? Unaufhörlich strömten die Milliarden, trotz der Unterseeboote des Strategen Tirpitz, von der Wallstreet nach Europa. Schon als der Krieg begann, erhielt die russische Regierung von Morgan eine Anleihe von 12 Millionen Dollar. Die britische Regierung wußte sich schon im Anfang des Krieges die Mithilfe Morgans zu sichern. Durch seine Hände liefen die vielen Millionen, die England benötigte und dann Frankreich in Amerika zu beschaffen gezwungen war. Unter der Führung Morgans kam 1915/16 das große Bankensyndikat zustande, daß die Anleihe in Höhe von 500 Millionen Dollars für die Alliierten flüssig machte. Als im Frühjahr dieses Jahres der französische Franc ins Wanken geriet, war es Morgan, der der französischen Regierung mit einem Kredit von 100 Millionen Dollar beisprang. Der Erfolg war, daß die vielen Baissepekulanten gegen die französische Währung in die Flucht geschlagen wurden. Die heilsame Lektion, die ihnen Morgan dabei erteilte, ist noch in frischer Erinnerung.

Es ist unnütz, zu sagen, daß die 800 Millionen Goldmark-Anleihe an Deutschland nur zustande kommt, wenn Morgan mit bei der Partie ist. Daß er dazu bereit ist, bewies seine indirekte Teilnahme an den Londoner Verhandlungen und die Vorbereitungen, die jetzt getroffen werden. Nicht von ungefähr kommt es, daß der erste Agent der Reparationen ein Angehöriger des Morgan-Konzerns ist. Owen Young ist der Präsident der General Electric Company, der großen Elektrizitäts-trusts Amerikas, der zur Interessensphäre Morgans gehört. Es mag in diesem Zusammenhang erwähnt werden, daß die General Electric Company mit der Allgemeinen Elektrizitätsgesellschaft, Berlin, in einer Interessengemeinschaft steht. Vor dem Kriege war das Bündnis zwischen den beiden Gesellschaften ein sehr inniges.

Um den Interessenkreis der Morgan-Bank in großen Umrissen zu zeichnen, folgendes: Zur Morgan-Gruppe zählen in Amerika folgende Banken: Guaranty Trust Co., Commercial National Bank, Mercantile Bank of the Americas, Banco Mercantil Americano de Cuba, United Financial Corporation, First National Bank New York, Bank of the Manhattan New York, Trust Co., Central Union Trust Co., National Bank of Commerce, Bankers Trust Co., First National Bank Boston, National Park Bank, Mechanics und Metals National Bank. An großen Industrien ist Morgan neben der bereits oben erwähnten General Electric vor allem an der United States Steel Corporation (Stahltrust) beteiligt.

Morgan ist der Beherrscher der Welt. Die Entente ist ihm auf Jahrzehnte hinaus zu riesigen Tribut in Kapitalzinsen verpflichtet. Durch die Reparationsanleihe wird auch Deutschland in den Kreis der Tributpflichtigen einbezogen. Viele Generationen von Menschen in Europa müssen arbeiten, um die Schuld bei Morgan zu decken. Der schweigsame Mann von der Wallstreet New Yorks ist das Sinnbild des modernen Imperialismus. In seinem Reiche geht die Sonne nicht unter. Es sei denn, die Arbeiterschaft würde in allen Ländern zur Herrschaft kommen. Doch das wird noch eine Weile dauern.

Mercur

## RANDBEMERKUNGEN

### Zu Hitlers Wiederkehr

Am 1. Oktober wird Adolf Hitler aus dem festen Haus zu Landsberg am Lech, wo er (anders als Toller, Mühsam und Genossen in Niederschönenfeld!) in ritterlicher Haft gehalten wurde, entlassen, der Freiheit und der Freiheitspartei wiedergegeben werden. Er hat an Untersuchungs- und Straffhaft rund zehn Monate abgesessen. Der Rest von zwei Jahren bleibt ihm geschenkt, weil ihm die bekannte Güte und Menschenfreundlichkeit des bayerischen Volksgerichts Bewährungsfrist zugebilligt hat und weil die bayerische Regierung ihn dieser Vergünstigung würdig hält. Wer zweifelt aber daran, daß Hitler sich „bewähren“ wird? Seine Freunde haben eifrig das Märchen verbreitet, daß Hitler sich aus dem politischen Leben völlig zurückziehen werde; deshalb habe er auch sein Amt in der Leitung der nationalsozialistisch-völkischen Bewegung niedergelegt und sei aus dem Triumvirat Ludendorff-Hitler-v. Graefe ausgeschieden. Der wahre Grund für die temporäre Abdankung Hitlers war einfach der, daß er befürchtete, der Wohltat der Bewährungsfrist verlustig zu gehen und seine volle Strafe absitzen zu müssen, wenn er weiter als verantwortlicher Leiter zeichnen und damit für die rednerischen und anderen Exzesse der Mitinhaber seiner politischen Firma, die sich klugerweise für ihre Person das Schutzschild der parlamentarischen Immunität inzwischen gesichert hatten, verantwortlich gemacht werden würde. Außerdem hatte er es satt, anderthalb Dutzend Deputationen aus allen Teilen des Reiches an einem Tage zu empfangen (mit freundlicher Erlaubnis der Gefängnisdirektion), die ihn zum Schiedsrichter in einer der tausend schwebenden Streitigkeiten der „Bewegung“ anriefen und sich wechselseitig bitter übereinander beklagten. Und nicht weniger ärgerlich war ihm der tägliche, in

mehr oder minder höflichem Notenwechsel sich abspielende Zank mit der Mitführerschaft geworden. Denn Pöhner, Ludendorff und v. Graefe nicht minder wie die kleineren Götter Esser, Streicher, Dinter, Feder und Wulle wurden zwar nicht müde, ihrem großen Freunde Adolf ihre Treue und Ergebenheit zu versichern, im übrigen taten sie aber, was sie wollten und meistens wollte jeder etwas anderes.

Wenn jetzt Adolt Hitler sein ritterliches Gefängnis in Landsberg am Lech verläßt, von dem Glanz der Märtyrerkrone umstrahlt, so ist er wieder, wie einst im Mai, der unumschränkte Herr und Held seiner Bewegung. Die völkische Freiheitspartei und die nationalsozialistische Partei, deren Verschmelzung trotz aller papierenen Beschlüsse bisher nicht gelungen ist, befinden sich heute in einem Zustand der Stagnation und Desorganisation. Insbesondere die bayerische und die mitteldeutsche Bewegung zeigen das Bild völliger Zersetzung und des Kampfes aller gegen alle. Auch der Weimarer Parteitag, der Ausgleich und Einigung bringen sollte, hat daran nichts geändert. Weder Ludendorff noch Graefe haben sich durchsetzen können, der Ruf nach dem „Heiland Hitler“ ist allgemein. Alle anderen Führer haben gründlich abgewirtschaftet.

So ist jetzt die Situation für Hitler überaus günstig. Der vom Glück Verwöhnte, von der Menge seiner Anbeter Umschmeichelte, wird einen neuen Aufstieg erleben. Auch der Zusammenbruch der deutschnationalen Politik begünstigt ihn und wird ihm Zulauf bringen. Was wird er tun, welche Politik wird er treiben? Die Frage ist nicht schwer zu beantworten. Hitler wird, nach zehn Monaten erzwungener Untätigkeit, plötzlich in Freiheit gesetzt, explodieren wie eine Rakete. Sein rhetorisches Genie lechzt nach Erfolgen. Er wird sie

in seiner alten Art, d. h. durch fanatische und maßlose Hetze zu erzielen wissen. Er wird sich dadurch die Bewährungsfrist sehr bald verschmerzen und man wird ihn zur weiteren Abbüßung seiner Strafe auffordern. Er wird auf diese Aufforderung antworten wie der Götz von Berlichingen und wird es vorziehen, ebenso wie Ehrhardt, unauffindbar zu bleiben. Er wird sein Hauptquartier nach Salzburg verlegen, wo sein Freund Roßbach schon seit Monaten sitzt und mit diesem über alle Haftbefehle lachen. Aber nicht nur durch diese erzwungene Illegalität wird Hitlers zukünftige Politik der Rückkehr zu fascistischen Methoden bestimmt werden. Hitler ist immer ein überzeugter Gegner des Parlamentarismus und ein Verfechter der direkten politischen Aktion, der Einflußnahme durch Gewalt im Sinne des italienischen Fascismus gewesen. Schon beginnen Völkische und Nationalsozialisten den Neuaufbau ihrer Kampfbünde und Sturmabteilungen. Röhm, einer der Helden des Novemberputsches und immuner Reichstagsabgeordneter erläßt „Auf Befehl“ einen Aufruf für die neue völkische Armee, den *Frontrig*. Wie in der alten Nationalsozialistischen Partei, sollen die militärischen Verbände, die Sturmabteilungen, die Führung der Bewegung vor den davon unabhängig gehaltenen politischen Organisationen erhalten. Durch militärische Disziplin soll der politische Richtungsstreit ausgeschaltet werden. Der Parlamentarismus, aufs neue verdammt, tritt in den Hintergrund und wieder lediglich zum Schutzgehäuse und zum Propagandamittel. Hitler hat früher einmal gesagt: „Zehn junge Leute, die bereit und fähig sind, mit dem Gewehr in der Hand für mich einzutreten und zu sterben, wenn es sein muß, sind mir lieber und werden mehr erreichen, als zehntausend Leute, die nur ihren Stimmzettel für unsere Sache abgeben wollen.“ Hitler wird nicht nur seine Kampfgruppen neu aufbauen und ausrüsten, er wird auch ver-

suchen, aus den bestehenden Organisationen, wie Stahlhelm und Werwolf, Wiking und Jungdo, die völkisch orientierten Gruppen als Bundesgenossen zu gewinnen. Er wird Erfolg haben, denn der Umfall der Deutschnationalen treibt ihm diese Leute in die Arme. Hitler wird weiter versuchen, für seine Bewegung Teile der Schutzpolizei und der Reichswehr zu gewinnen, ohne deren Unterstützung oder Neutralität er keinen Schlag wagen kann. Sein Weg ist ihm vorgezeichnet, er geht über die Einigung aller völkisch-nationalistisch-aktivistischen Elemente auf den nächsten Hitler-Putsch los. Von der Wachsamkeit und Tatkraft der Republik wird es abhängen, ob dieser Plan der Errichtung einer völkischen Diktatur durch Waffengewalt gelingen oder scheitern wird. R.

#### *Grüß mich nicht unter den Linden . . .*

Herrn Reichsinnenminister Jarres ist etwas höchst Peinliches passiert. Er ist in aller Öffentlichkeit von Justizrat Claß gelobt worden . . .

Auf der Stuttgarter Hauptversammlung des Alldeutschen Verbandes sprach dessen Vorsitzender, Justizrat Claß, diese Worte:

„Es ist ein Jammer, daß es Persönlichkeiten vom Range eines Jarres noch in der international und parlamentarisch geleiteten Deutschen Volkspartei aushalten und ihr Ansehen zum Schaden des Ganzen dem Treiben einer solchen Partei leihen.“

Man sollte meinen, daß dieser Bären dienst seines politischen Freundes Claß Herrn Jarres sein Amt kosten müßte. Aber die republikanische Öffentlichkeit, die mit Schafsgeduld die groteske Tatsache erträgt, daß der Herr Innenminister der deutschen Republik Mitarbeiter des Zentralorgans des putschistischen jungdeutschen Ordens ist, — sie nahm auch dies in Demut hin.

Aber Herrschaften! Wer ist denn Claß?! Gibt es einen ein-

zigen vernünftigen Menschen, der, wenn er nicht durch politische Gesinnung und Pokerfreundschaft mit Herrn Claß verbunden ist, noch nicht weiß, daß die Claß-Clique die Brutstätte des Seeckt-Attentates war, und daß die erdrückendsten Indizien auch ihre Urheberschaft am Erzberger- und Rathenau-Mord erhärten?

Es muß in der Tat herrlich um den republikanischen Wert und das republikanische Ansehen unseres „republikanischen“ Reichsinnenministers bestellt sein, wenn ein Mann wie Claß in Herrn Jarres eine „Persönlichkeit von Wert und Ansehen“ erblickt.

Wird sich nicht nun wenigstens — „das Weitere finden?“ —

Lessel

#### *Spotten ihrer selbst . . .*

In der „Nationalpost“, dem „amtlichen“ Blatt der Landesverbände Berlin und Potsdam der Deutschnationalen Volkspartei, schreibt ein deutschnationaler „Arbeiter“:

„Im sozialistisch-pazifistisch-demokratischen Blätterwalde heult der Sturm. Es ist die Wut der Enttäuschten, die sich austobt. Die Brülljuden sehen sich überlistet. Sie glaubten, die große deutschnationale Fraktion des Reichstags in eine unmögliche parlamentarische Lage hineinmanövriert zu haben, in der es

nur zwei Möglichkeiten gab: Niederlage oder Blamage. Aber die Haltung der deutschnationalen Fraktion zeigte den Kulissenschiebern im demokratisch-sozialistischen Lager, daß es noch eine dritte Möglichkeit gab, um aus einer schwierigen Lage herauszukommen, nämlich indem sich die Fraktion selbst ausschaltete. Das hatte man nicht erwartet. (Also in der Tat eine dritte Möglichkeit: Niederlage und Blamage! Anmerkung d. Red.) Deshalb die Schimpfkanonade. Laß sie schimpfen! Die Hauptsache ist, wir bleiben einig und geschlossen. (!) Die Berliner deutschnationale Arbeiterschaft hat nach dem Rathenau-Mord die fürchterliche Terrorwelle ertragen. Sie wird auch den jetzigen Sturm aushalten und nicht wanken und weichen. Wir rufen euch allen zu: Hoch die Fahnen — tief die Lanzen! So werden wir die jüdisch-demokratisch-pazifistische Rasselbande zusammenhauen — wir Deutschnationalen — und wir Arbeiter!! Das Bemerkenswerteste an diesem Erguß ist das Eingeständnis des deutschnationalen Renommier-„Arbeiters“, daß der moralische Katzenjammer im deutschnationalen Lager heute ebenso groß ist wie in den Tagen nach dem Rathenau-Mord. Er muß es ja wissen! P.

## B Ü C H E R S C H A U

*Dr. Paul Kaufmann, Präsident a. D. des Reichsversicherungsamtes: Die Umgestaltung der deutschen Sozialversicherung.* Verlag der Reichsdruckerei, Berlin 1924, 46 S.

Die Schrift stellt einen Auszug aus dem Gutachten dar, das der Verwaltungs-Abbaukommission auf ihren Wunsch hin überreicht wurde. Die Schrift wendet sich gegen einen allzu rigorosen Abbau des Verwaltungsapparates, sondern schlägt statt dessen vor, die Renten und Entschädigungssätze ent-

sprechend umzubauen. Die Inflation hat die alte Reichsversicherung zerschlagen. Es drohen zwei Möglichkeiten: Rückkehr zur Fürsorge durch die Arbeitnehmer, oder aber Staatsbürgerversorgung, wie sie Sowjet-Rußland vorschwebte. Aber zu der erstgenannten fehlte das sittliche Bewußtsein, zu dem zweiten Wege hingegen das Geld. Trotzdem wird Uebernahme eines Teiles der Versicherungspflichten bei der Landwirtschaft empfohlen (S. 14). Denn:



Erst leben, dann philosophieren. Früher machten die Beiträge 7% des Lohnes aus, heute betragen sie rund 18% der Lohnsumme. Vor dem Kriege war die Versicherung auf Wohlstand aufgebaut, heute muß sie auf Notwendigkeit umgestellt werden. Alles, was auf erstes noch hindeutet, radikal beseitigen, am Wiederaufbau beitragen durch Schaffung gesundheitlicher und wirtschaftlicher Werte. In erster Linie handelt es sich um Abwehrmaßnahmen (Unfallverhütungen, Seuchenbekämpfung usw.), zu zweit um Wiederherstellung des Geschädigten, und erst in dritter Linie um Rentenzahlung.

Die Krankenversicherung ist die Vorstufe zu allen anderen Versicherungen. „Es ist billiger, Tausende vor Erkrankung zu schützen, als einen Erkrankten ärztlich zu behandeln.“ Aber nicht nur die Kranken müssen geschützt werden, auch die Aerzte, indem gewisse Kreise der Bevölkerung als Nichtversicherungsberechtigt ausgeschaltet werden. Kaufmann wehrt sich gegen die Verstaatlichung der Heilpflege, die aber doch über kurz oder lang kommen muß. Ferner tritt K. für Zusammenlegung der kleinen Kassen ein, möglichst nur eine Ortskrankenkasse, die „Winkelkassen“ müssen zusammengelegt oder eingezogen werden.

Bei der Unfallversicherung ist die Unfallverhütung die Seele der Versicherung. Keine kleine Renten, sondern möglichst rasche Wiederherstellung der Beschädigten, Einschränkung der Berufsgenossenschaften sind Grundbedingungen. Ueberhaupt ist es sowohl aus verwaltungstechnischen wie aus leistungstechnischen Gründen notwendig, mit dem Kleinkram aufzuräumen. Vorbildlich ist hierin schon die Invalidenversicherung heute. Sie muß sich selbst tragen, mit welchen Schwierigkeiten sie zu kämpfen hat, ergibt sich aus der Tatsache, daß früher ein Drittel der Renten aus Zinsen bezahlt wurden, jetzt alles aus laufenden Einnahmen. Kaufmann fordert Abbau

der Renten bei Erben, Kindern (von 17 auf 15 Jahren) u. a. m.

Recht schlecht kommt auch die Angestelltenversicherung weg: Bei 1 500 000 Versicherten hat sie 3500 Beamte, die Landesversicherungsanstalten bei 15 000 000 Versicherungsnehmern nur 5400 Beamte. Aus verwaltungstechnischen oder versicherungstechnischen Gründen läßt sich die Angestelltenversicherung nicht rechtfertigen, sie ist eine ausgesprochen politische Institution, die dem „Klassengefühl“ entsprossen ist.

Kaufmann tritt in den letzten Abschnitten für eine Annäherung der verschiedenen Versicherungen ein, wünscht Vereinfachung der Verfahren, wodurch ein Abbau der Ober- und Landesversicherungsämter ermöglicht wird.

Das Schriftchen enthält eine Reihe von beherzigenswerten Vorschlägen, die gut begründet sind. Es ist ein guter Ratgeber für diejenigen, welche viel mit Versicherungsfragen zu tun haben.

Nöllenburg.

### Was ist uns Kant?

Ein kleines Buch von Hellmuth Falkenfeld: „Was ist uns Kant?“ (Erich Lichtenstein, Verlag, Weimar 1924), das augenscheinlich als Propagandaschrift für die idealistisch sozialistischen Theorien Nelsons geschrieben ist, gibt über diesen ethischen Zweck hinaus eine ausgezeichnete Darstellung der Denkmethode Kants in der Kritik der reinen Vernunft.

Dem Durchschnittsgebildeten wird die Durcharbeitung des kleinen, im besten Sinne populär geschriebenen Buches, ein Leitfaden zum Studium Kantscher Philosophie sein. Ob die Weiterführung der Lehre von der praktischen Vernunft im Sinne von Apel, Fries und Nelson als zwingend zu empfinden ist, wird jeder einzelne für sich entscheiden können. Die Diktion des Buches ist so klar, daß der Leser seine logischen Schlüsse unbeeinflusst ziehen kann. C. B.